



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs über die
Tätigkeit der Vereinten Nationen**

**Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Zweiundsechzigste Tagung
Beilage 1 (A/62/1)**

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Zweiundsechzigste Tagung
Beilage 1 (A/62/1)

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen



Vereinte Nationen • New York 2007

Anmerkung

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um eine Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung.....	1-10	1
II. Entwicklung.....	11-41	4
Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele	12-21	4
HIV/Aids	22-29	6
Die besonderen Bedürfnisse Afrikas.....	30-33	8
Klimawandel und nachhaltige Entwicklung	34-41	9
III. Frieden und Sicherheit	42-79	12
Konfliktprävention und Friedensschaffung.....	43-50	12
Friedenssicherung	51-62	14
Friedenskonsolidierung.....	63-67	17
Terrorismusbekämpfung	68-73	18
Abrüstung und Nichtverbreitung	74-79	20
IV. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Angelegenheiten.....	80-112	22
Rechtsstaatlichkeit	81-86	22
Menschenrechte	87-93	23
Demokratie und gute Regierungsführung	94-100	25
Humanitäre Angelegenheiten.....	101-112	26
V. Stärkung der Vereinten Nationen	113-131	29
Der zwischenstaatliche Apparat	114-116	29
Das Sekretariat.....	117-123	30
Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen.....	124-126	31
Systemweite Kohärenz.....	127-131	32
VI. Globale Interessengruppen	132-141	33
Stärkung der Verbindungen zur Zivilgesellschaft	133-138	33
Einbindung der Privatwirtschaft	139-141	34
VII. Fazit	142-150	36

Anhänge

I.	Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2007: statistische Tabellen.....	38
II.	Überarbeiteter Überwachungsrahmen für die Millenniums-Entwicklungsziele einschließlich neuer Zielvorgaben und Indikatoren gemäß den Empfehlungen der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele.....	69

Kapitel I

Einleitung

1. Dieser Jahresbericht, mein erster, kommt zu einer Zeit, in der die Mitgliedstaaten und die Völker der Welt von den Vereinten Nationen verlangen, mehr zu tun als je zuvor in der Geschichte der Organisation – in mehr Tätigkeitsbereichen, an mehr Orten und unter schwierigeren Bedingungen. Die steigende Nachfrage nach unseren Diensten stellt zwar eine gewaltige Herausforderung dar, doch dürfen wir nicht vor ihr zurückschrecken. Wir sollten sie im Gegenteil begrüßen. Sie ist nicht nur ein Zeichen für die vielen drängenden Bedürfnisse der Gegenwart, sondern auch Ausdruck der wachsenden Erkenntnis, dass diese Bedürfnisse auf kollektive Weise am besten anzugehen sind, und zwar durch das einzige wahrhaft universale Instrument, über das die Welt verfügt – die Vereinten Nationen.

2. Um alle Herausforderungen, die sich uns stellen, wirksam bewältigen zu können, müssen wir jedoch die Kluft zwischen Erstrebtem und Erreichtem verringern. Wenn wir unsere Fähigkeit steigern wollen, beständig wirksame Resultate vorzuweisen, sind das uneingeschränkte Engagement unserer Mitgliedstaaten sowie die Reform und die Neuausrichtung der Organisation erforderlich.

3. Im Mittelpunkt meiner ersten Reformvorschläge stand die Schaffung einer neuen Struktur zur besseren Unterstützung der Friedensmissionen im Feld, des am schnellsten wachsenden Bereichs unseres Wirkens. Die Vereinten Nationen engagieren sich derzeit in 18 Friedenssicherungseinsätzen und 13 weiteren Feldmissionen und -büros. Mit über 100.000 Mitarbeitern im Feld ist unsere Personalstärke so hoch wie nie zuvor, und es gibt Anzeichen dafür, dass diese Zahl in den kommenden Monaten mit der Einrichtung neuer und der Erweiterung bestehender Missionen noch einmal erheblich zunehmen könnte. Dieser Zuwachs stellt eine große operative Herausforderung dar, insbesondere wenn man bedenkt, dass er an einigen der schwierigsten Orte der Welt stattfindet. Die Tatsache, dass die Generalversammlung meinen Vorschlägen zur Schaffung neuer Strukturen für die Unterstützung der Feldeinsätze mittlerweile zugestimmt hat, setzt ein ermutigendes Signal, doch stehen wir erst am Anfang der Bemühungen, die wir unternehmen müssen, um unsere Fähigkeit zur Steuerung und Aufrechterhaltung eines derartigen Umfangs von Friedensmissionen auf der ganzen Welt zu stärken.

4. Was die Reform der Organisation betrifft, so werden wir ehrgeizig, aber gleichzeitig auch zielgerichtet und diszipliniert vorgehen müssen. Außerdem werden wir soweit wie möglich das enorme Potenzial erschließen müssen, das unsere größte Stärke bildet – ein vielfältiges und engagiertes Personal. Um diese wichtige Ressource optimal zu nutzen, müssen wir einen Bestand an Personal aufbauen, das wahrhaft mobil, vielseitig und rechenschaftspflichtig ist, und dabei mehr Gewicht auf Laufbahnentwicklung und auf Aus- und Fortbildung legen. Dies bedeutet auch, dass alle Mitarbeiter der Vereinten Nationen, sowohl am Amtssitz als auch im Feld, an den höchsten Maßstäben für Integrität und ethisches Verhalten gemessen werden.

5. Ferner müssen wir sicherstellen, dass wir das Potenzial des gesamten Systems der Vereinten Nationen voll zur Entfaltung bringen. Ich hoffe, dass wir unter den Mitgliedstaaten einen Konsens über die Umsetzung der wichtigen Vorschläge zur Verbesserung der systemweiten Kohärenz, die auf dem Tisch liegen, sowie über die Sondierung neuer Wege zur Verwirklichung des Mottos „Einheit in der Aktion“ schaffen können.

6. Reform ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Erreichung unseres Ziels, allen Menschen und allen Völkern der Welt zu dienen. Wir können und müssen denjenigen

Menschen Hoffnung bringen, die sie am meisten brauchen. Dies bedeutet zuallererst, dass wir dem Versprechen der Millenniums-Entwicklungsziele Ergebnisse folgen lassen müssen. Diese Ziele sind zum gemeinsamen Rahmen für die Entwicklung geworden und stellen einen konkreten Indikator für die Fähigkeit des internationalen Systems dar, im Kampf gegen die extreme Armut praktische Ziele zu setzen und auch zu erreichen. Das Jahr 2007 bildet den zeitlichen Mittelpunkt der Frist zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, die von allen Regierungen der Welt als Fahrplan für die Herbeiführung einer besseren Welt bis zum Jahr 2015 vereinbart wurden. Einige Länder und Regionen liegen weiter zurück als andere. Die Ziele sind erreichbar, wenn die Maßnahmen zur Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen sofort einsetzen. Die weltweite Erreichung der von uns gesetzten Entwicklungsziele ist nicht nur für die Schaffung besserer, gesünderer und menschenwürdigerer Lebensbedingungen für Millionen von Menschen unerlässlich, sondern auch für die Herbeiführung eines dauerhaften Weltfriedens und dauerhafter internationaler Sicherheit. Wir müssen das kommende Jahr nutzen, um uns erneut auf unsere Anstrengungen zu besinnen und sie neu zu beleben.

7. Hoffnung bringen heißt auch, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten und die humanitären Hilfeleistungen zu erbringen, für die die Vereinten Nationen so bekannt geworden sind. Der neue Menschenrechtsrat muss unverzüglich darangehen, wieder einen glaubhaften zwischenstaatlichen Prozess auf dem Gebiet der Menschenrechte herzustellen. Außerdem müssen wir uns aktiv damit befassen, den Bedürfnissen der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen weltweit Rechnung zu tragen. Nirgendwo sind die Menschenrechtssituation und die humanitäre Lage so gravierend wie in Darfur. Nirgendwo ist Hoffnung dringender nötig. Seit meiner Amtsübernahme habe ich die Tragödie in Darfur zur höchsten Priorität gemacht. Der anhaltende Konflikt in Darfur hat nicht nur unschuldige Menschenleben und das moralische Gebot, sie zu schützen, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen aufs Spiel gesetzt. Wir müssen sofort handeln, um dem Leid der Menschen von Darfur ein Ende zu setzen, indem wir unsere gesamten Ressourcen bündeln, um Sicherheit herzustellen, eine dauerhafte politische Lösung zu ermöglichen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und den immensen humanitären Bedarf zu decken. Wir werden nicht daran gemessen werden, was wir anstreben, sondern vielmehr daran, was wir tatsächlich erreichen.

8. Darüber hinaus sind die Vereinten Nationen gefordert, das globale Gemeingut zu schützen – eine Aufgabe, für die sie auf einzigartige Weise geeignet sind. Ich bin insbesondere davon überzeugt, dass der Klimawandel und unsere Antwort darauf uns, unser Zeitalter und letztendlich unser globales Erbe definieren werden. Die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen hat unmissverständlich bestätigt, dass in unserem Klimasystem eine Erwärmung stattfindet und dass diese unmittelbar mit menschlicher Tätigkeit verknüpft ist. Nach meiner Auffassung ist dies genau die Art von globaler Herausforderung, für deren Bewältigung sich die Vereinten Nationen am besten eignen. Ich bin erfreut darüber, dass der Klimaschutzprozess der Vereinten Nationen weltweit als das angemessene Forum für die Aushandlung künftiger globaler Maßnahmen anerkannt wird. Jetzt benötigen wir eine umfassende Vereinbarung auf der Grundlage des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die den Klimawandel an allen Fronten angeht, einschließlich durch Anpassung, Abschwächung, saubere Technologien und Mobilisierung von Ressourcen. Alle Länder müssen ihr Möglichstes tun, um bis 2009 eine Vereinbarung zu erzielen, die bis zum Ablauf der derzeitigen Verpflichtungsperiode nach dem Protokoll von Kyoto im Jahr 2012 in Kraft tritt. Zu diesem Zweck dürfen wir keine Mühe scheuen.

9. Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Vereinten Nationen ihre Aufgaben nur gemeinsam mit Partnern richtig erfüllen können. Wir werden noch engere Verbindungen mit der Zivilgesellschaft, Stiftungen, akademischen Einrichtungen, den Medien, Gewerkschaften und dem Privatsektor knüpfen müssen. Sie alle leisten ihren individuellen Beitrag.

10. In dem umfassenderen Streben nach einer friedlichen, prosperierenden und gerechten Welt spielen die Vereinten Nationen eine unverzichtbare Rolle. Lassen wir gemeinsam nichts unversucht, dieses Streben für die Völker der Welt Wirklichkeit werden zu lassen.

Kapitel II

Entwicklung

11. Das Jahr 2007 bildet die zeitliche Mitte zwischen der Verabschiedung der Millenniums-Erklärung und dem Ablauf der Frist zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2015. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Ziele trotz ungleichmäßiger Fortschritte nach wie vor erreichbar sind, sofern die bestehenden Verpflichtungen eingehalten werden. Die Geißel HIV/Aids entzieht den Ländern jedoch Kapazitäten und Ressourcen im Kampf gegen die menschliche Not. Wir können den Kampf für die Entwicklung nur gewinnen, wenn wir die Ausbreitung des HIV zum Stillstand bringen und umkehren. Afrika nimmt nach wie vor eine Vorrangstellung ein, da dort die Not auf Grund von Armut, Krankheiten und gewaltsamen Konflikten überproportional groß ist und der Kontinent im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele gegenüber den übrigen Entwicklungsländern zurückliegt. Diese Ziele sowie die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele lassen sich jedoch nur erreichen, wenn wir auch den Klimawandel angehen. Wir können nicht länger warten. Wir müssen uns den Herausforderungen der Anpassung an die Klimaänderungen und deren Abschwächung stellen, und zwar jetzt. Wir müssen uns auf einen Aktionsrahmen für die Zeit nach 2012 einigen und die eingegangenen Verpflichtungen in die Tat umsetzen. Ich werde mich auch künftig mit allen Kräften dafür einsetzen, dass unsere Generation und künftige Generationen die Vorteile der Globalisierung ebenso wie die mit ihr verbundenen Herausforderungen gleichermaßen teilen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele

12. Zur Halbzeit der für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele gesetzten Frist ist die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen auf knapp unter eine Milliarde gesunken. Viele Länder, insbesondere in Süd- und Ostasien, erzielen derzeit rasche Fortschritte bei der Armutsminderung.

13. Dennoch sterben jährlich nahezu 10 Millionen Kinder vor Erreichen ihres fünften Lebensjahrs an zumeist vermeidbaren Krankheiten wie Durchfall oder Malaria. Etwa 72 Millionen Kinder erhalten nicht einmal eine Grundschulbildung, und jedes Jahr sterben eine halbe Million Mütter bei der Entbindung. Trotz mancher Fortschritte ist die Krise in Afrika südlich der Sahara nach wie vor am schlimmsten; dort werden mehrere Länder bei ihrem derzeitigen Kurs nicht einmal ein einziges der Millenniums-Entwicklungsziele erreichen können. Einige Länder mit mittlerem Einkommen kämpfen gegen vereinzelte Inseln extremer Armut an, und die meisten anderen Entwicklungsländer sehen sich bei der Verwirklichung einiger der Ziele Schwierigkeiten gegenüber. Zu den weit verbreiteten Problemen gehören schlechte Regierungsführung, mangelhafter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Diensten im Bereich der reproduktiven Gesundheit, rapide und ungeplante Verstädterung, Entwaldung, Wasserknappheit, Ungleichheit der Geschlechter, steigende HIV-Infektionsraten und Jugendarbeitslosigkeit. Die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels treffen in unverhältnismäßig hohem Maße tropische Länder, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, und werden daher die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele behindern.

14. Die Not, in der eine so große Zahl von Menschen lebt, ist ein Fleck auf dem Gewissen der Welt. Die extreme Armut ließe sich mit den vorhandenen Mitteln, Ressourcen und Verpflichtungen beenden, und die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten sind nach

wie vor entschlossen, die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen. Zu diesem Zweck habe ich diese Ziele zu einer zentralen Priorität meiner Amtszeit als Generalsekretär erklärt. Im Juni habe ich die Lenkungsgruppe für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika auf den Weg gebracht, eine wichtige Initiative auf hoher Ebene, die auch das internationale System für die Unterstützung der Verwirklichung der Ziele mobilisieren wird.

15. In den noch verbleibenden sieben Jahren können die Ziele in den weitaus meisten Ländern erreicht werden, wenn die Mitgliedstaaten die bestehenden Verpflichtungen erfüllen. Auf dem Weltgipfel 2005 verpflichteten sich alle Regierungen zur Umsetzung umfassender nationaler Entwicklungsstrategien, um die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele zu erreichen. Der Handel und alle Formen der Entwicklungsfinanzierung, einschließlich der öffentlichen Entwicklungshilfe für arme Länder, sind nach wie vor wichtig, um die Verwirklichung der Ziele voranzubringen. Auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2002 beschlossen die Geberländer, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. 2005 verpflichtete sich die Europäische Union, diesen Zielwert bis 2015 zu erreichen, und die Gruppe der Acht gab auf ihrem Gipfeltreffen in Gleneagles das Versprechen ab, die Entwicklungshilfe bis 2010 mit einer Erhöhung um 50 Milliarden Dollar pro Jahr, davon 25 Milliarden Dollar pro Jahr allein für Afrika, zu verdoppeln. Auf dem Gipfeltreffen in Heiligendamm sagte die G-8 außerdem 60 Milliarden Dollar für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria zu. Die Vereinten Nationen und alle Interessenträger müssen sich nun auf die Umsetzung dieser Verpflichtungen konzentrieren.

16. Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele wird allen Interessenträgern zugute kommen. Durch die Anwendung bewährter Mittel bei ihrer Verwirklichung werden Hunderte Millionen von Menschen aus extremer Armut befreit und Millionen von Kindern vor dem Tod bewahrt werden. Extreme Armut ist eine Triebkraft für Konflikte und Instabilität; die Erreichung der Ziele senkt daher das Kriegsrisiko und wahrt in instabilen Ländern den Frieden. Erfolg bedeutet außerdem, dass lebenswichtige Ökosysteme und die biologische Vielfalt, von denen das Wohl der Menschheit abhängt, gerettet werden. Schließlich wird eine echte internationale Partnerschaft zur Unterstützung der Ziele dazu beitragen, die Risse zu schließen, die heute die Weltgemeinschaft durchziehen und die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung gemeinsamer Ziele gefährden. All dies macht die Millenniums-Entwicklungsziele zu wichtig, als dass man sie scheitern lassen könnte.

17. Einige Länder liefern den Beweis dafür, dass rasche und umfassende Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele möglich sind, wenn ein entschlossenes Vorgehen der Regierungen, gute Politiken und praktische Strategien zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen mit angemessener finanzieller und technischer Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft einhergehen. Fortschritte bei der Erreichung der Ziele sind nur dort eine nationale Priorität, wo die entsprechenden Maßnahmen in nationaler Eigenverantwortung gesteuert und umgesetzt werden. Die Vereinten Nationen tragen daher in erster Linie durch die Stärkung der nationalen Kapazitäten zur Erreichung der Ziele bei.

18. Besonders beeindruckt bin ich von den Erfolgen einiger afrikanischer Staaten: Malawi hat die afrikanische „Grüne Revolution“ durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität eingeleitet, in Ghana, Kenia, Uganda und der Vereinigten Republik Tansania hat sich die Einschulungsquote in den Grundschulen erhöht, Sambia hat die Versorgung mit Basisgesundheitsdiensten auf dem Land verbessert, Niger demonstriert die

Durchführbarkeit großflächiger Aufforstung, und Senegal ist auf dem Weg zur Verwirklichung des Millenniumsziels betreffend Wasser- und Sanitärversorgung. Bei der Malariabekämpfung wurden besonders beeindruckende Fortschritte erzielt: in Niger, Sambia und Togo ist die Malariahäufigkeit durch die kostenlose Verteilung von Moskitonetzen drastisch zurückgegangen. Die Initiative der Millenniumsdörfer zeigt, dass Führerschaft auf Gemeinwesenebene und integrierte Strategien zur praktischen Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele innerhalb kurzer Zeit außerordentliche Ergebnisse hervorbringen können.

19. Die meisten Länder sind imstande und bereit, derartige Erfolge landesweit zu wiederholen, und viele von ihnen haben die Vereinten Nationen um entsprechende Unterstützung ersucht. Es stimmt mich zuversichtlich, dass derzeit etwa 40 afrikanische Länder mit Unterstützung durch die Vereinten Nationen detaillierte Bewertungen des Investitions- und Kapazitätsentwicklungsbedarfs für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele durchführen. Die vollständige Umsetzung dieser praktischen Strategien wird jedoch durch die niedrigen Zuwachsraten der öffentlichen Entwicklungshilfe behindert. Trotz der Zusage, die Hilfe für Afrika bis 2010 zu verdoppeln, hat die tatsächlich geleistete öffentliche Entwicklungshilfe für den Kontinent abgesehen von Schuldenerleichterungen und humanitärer Hilfe seit 2004 kaum zugenommen. Kein afrikanisches Land südlich der Sahara erhält die versprochenen Mittel für die Umsetzung einer nationalen Entwicklungsstrategie zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Darüber hinaus ist die Hilfe nach wie vor zu projektgebunden und zu unberechenbar, als dass die Länder die massive Erhöhung grundlegender öffentlicher Investitionen effektiv planen könnten. Die Geber müssen jetzt ihren Hilfszusagen für die Finanzierung der auf den Millenniums-Entwicklungszielen basierenden Entwicklungsstrategien nachkommen und die auf dem Weltgipfel 2005 vereinbarten Initiativen für schnelle Entwicklungserfolge landesweit unterstützen. Im Laufe der Jahre 2007 und 2008 sollte jeder Geber den Empfängerländern Zeitpläne für die Aufstockung der Entwicklungshilfe bis 2010 vorlegen, damit diese Länder eine entsprechende Haushalts- und makroökonomische Rahmenplanung vornehmen können.

20. Um sicherzustellen, dass alle Länder vom internationalen Handel als einer wesentlichen Triebkraft der langfristigen Wirtschaftsentwicklung profitieren können, müssen die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde zügig mit der Verabschiedung eines sinnvollen Entwicklungspakets abgeschlossen werden. Dazu sollten die Beseitigung von Exportsubventionen jeder Art, die erhebliche Verringerung handelsverzerrender inländischer Unterstützung, die Gewährleistung eines verbesserten Marktzugangs und die Verbesserung der besonderen und differenzierten Behandlung gehören. Darüber hinaus wird eine Aufstockung der Mittel im Rahmen der Initiative „Hilfe für Handel“, einschließlich eines erheblich erweiterten Integrierten Rahmenplans für handelsbezogene technische Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder, die Entwicklungsländer verstärkt zur Beteiligung am internationalen Handelssystem befähigen.

21. Wir sind die Generation, die die Entwicklungsziele erreichen und unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenschlichenden Lebensbedingungen der extremen Armut befreien kann. Da die Kosten der Tatenlosigkeit tagtäglich steigen, werde ich keine Mühen scheuen, diese Ziele zu verfolgen.

HIV/Aids

22. Am 2. Juni 2006 setzte die Generalversammlung auf ihrer Tagung auf hoher Ebene über Aids das Ziel, bis 2010 einen allgemeinen Zugang zu HIV-Präventionsprogrammen

und zu HIV-Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung herbeizuführen. Damit bekräftigte sie die von den Regierungen 2001 in der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids abgegebenen Zusagen und schloss sich dem auf dem Weltgipfel 2005 vereinbarten neuen Ziel der Verwirklichung des allgemeinen Zugangs zur Behandlung bis 2010 an. Die Gewährleistung dieses Zugangs ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels, die Ausbreitung von HIV/Aids unter Frauen, Männern und Kindern bis 2015 zum Stillstand zu bringen und allmählich umzukehren.

23. Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) hilft den Ländern weiter bei der Bestimmung und Verwirklichung des Ziels des allgemeinen Zugangs, einschließlich bei der Festsetzung nationaler Zielvorgaben, dem Aufbau nationaler Kapazitäten für die Ausarbeitung und Umsetzung der Pläne zur Bekämpfung von Aids, der Optimierung des Ressourceneinsatzes und der verstärkten Einbindung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors in die Aids-Maßnahmen.

24. Bislang haben 92 Länder nationale Zielvorgaben festgelegt, und 36 haben diese in durchkalkulierte und nach Prioritäten geordnete nationale Pläne umgesetzt. Um die Durchführung dieser Pläne zu unterstützen, hat das UNAIDS fünf regionale Einrichtungen für technische Unterstützung geschaffen, Überwachungsberater und Beauftragte für soziale Mobilisierung in über 50 Länder entsandt und die Umsetzung der „Three Ones“-Prinzipien (ein HIV/Aids-Aktionsrahmen, eine nationale Aids-Koordinierungsbehörde und ein System zur Überwachung und Evaluierung auf Landesebene) aktiv gefördert.

25. Zur Neubelebung der HIV-Präventionsbemühungen erarbeiteten und erließen das UNAIDS und andere relevante Interessenträger Anfang 2007 Leitlinien für die Verstärkung von HIV-Präventionsmaßnahmen. Im März 2007 veröffentlichten das UNAIDS und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Empfehlungen zur männlichen Beschneidung als Teil umfassender HIV-Präventionsmaßnahmen. Des Weiteren unternahmen das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und die WHO derzeit intensive Bemühungen zur besseren Verhütung der Mutter-Kind-Übertragung des HIV. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung hat die Unterstützung für Programme zur Reduzierung schädlicher Folgen für intravenöse Drogenkonsumenten verstärkt. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen unterstützte 27 Länder bei der Verbesserung von HIV-Präventionsmaßnahmen für am meisten gefährdete und nicht zur Schule gehende Jugendliche. Die Internationale Arbeitsorganisation schulte wichtige Partner in 16 Ländern im Hinblick auf die Unterstützung von Aids-Maßnahmen am Arbeitsplatz. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstützte 70 Länder im Bereich Bildung und Aids und band 29 Länder in die Globale Initiative „Bildung und HIV/Aids“ ein. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen leitete grundlegende HIV-Interventionsmaßnahmen in Notsituationen ein.

26. Ende 2006 wurden in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen 2,2 Millionen HIV-positive Menschen mit antiretroviralen Medikamenten behandelt, was 28 Prozent der schätzungsweise 7,1 Millionen Menschen entspricht, die eine solche Behandlung benötigen. Das UNAIDS spielte eine maßgebliche Rolle bei der Ausweitung der diesbezüglichen Dienste. Mehr als 30 Länder erhielten von der WHO technische Unterstützung bei der Verbesserung der HIV-Behandlung. Das Welternährungsprogramm war 32 Ländern bei der Ausarbeitung und Umsetzung der ernährungsbezogenen Bestandteile der nationalen Pläne zur Bekämpfung von Aids behilflich. Die Weltbank stärkt derzeit in 64 Projekten die Kapazitäten der Gesundheitssysteme, einschließlich Labordiensten, und die Ausbildung von Gesundheitspersonal. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

half 28 Ländern bei der Ausarbeitung und Durchführung handelspolitischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines nachhaltigen Zugangs zu Aids-Medikamenten.

27. Die geschlechtsspezifischen Aspekte der Aids-Epidemie sind ebenfalls mit Vorrang anzugehen. Man schätzt, dass Frauen etwa die Hälfte der weltweit mit HIV lebenden Menschen ausmachen. Im Juni 2007 gab das UNAIDS eine Reihe geschlechtsspezifischer Analysen einzelstaatlicher Aids-Maßnahmen heraus, laut denen die Erkenntnis zugenommen hat, dass die Ungleichstellung der Geschlechter und schädliche Geschlechternormen zu den Haupttriebkraften der Aids-Epidemie gehören. Dennoch werden geschlechtsspezifische Fragen noch immer nur unzureichend angegangen. Die Bekämpfung der Stigmatisierung und Diskriminierung, die das Vorgehen gegen die Epidemie hemmen, ist ebenfalls von immenser Bedeutung.

28. In meiner Rede zum Thema Aids, die ich im Mai vor der Generalversammlung hielt, versprach ich, Aids auch weiterhin für das gesamte System der Vereinten Nationen zur Priorität zu erklären und alles zu tun, um Finanzmittel zur Bekämpfung von Aids zu mobilisieren. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, treffe ich derzeit auch Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass die Vereinten Nationen in Bezug auf Aids zu einem vorbildlichen Arbeitsgeber werden.

29. Nach der bisher 25-jährigen Dauer der Epidemie ist es nun klarer denn je, dass wir von einer Notphase in die Phase nachhaltiger und langfristiger Gegenmaßnahmen übergehen müssen.

Die besonderen Bedürfnisse Afrikas

30. In der Millenniums-Erklärung richteten die Mitgliedstaaten besondere Aufmerksamkeit auf Afrika und verpflichteten sich, die Festigung der Demokratie auf dem Kontinent zu unterstützen und den Afrikanern in ihrem Bemühen um einen dauerhaften Frieden, die Beseitigung der Armut und eine nachhaltige Entwicklung zu helfen. Im Hinblick auf die Gesamtentwicklung Afrikas gibt es ermutigende Fortschritte zu vermelden. Afrikanische Staaten haben weitere Reformen durchgeführt, damit immer mehr Menschen auf der Grundlage offener Wahlverfahren am politischen System partizipieren können. Mehr afrikanische Länder beteiligen sich am Afrikanischen Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung, dessen Hauptzweck die Leistungsverbesserung auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist. In vielen afrikanischen Ländern sind Verbesserungen in der Regierungsführung mit einem dauerhaften Wirtschaftswachstum und einem besseren volkswirtschaftlichen Management einhergegangen.

31. Ungeachtet dieser positiven Entwicklungen sind die besonderen Bedürfnisse Afrikas in ihrem Umfang nach wie vor überwältigend. Im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele liegt Afrika gegenüber den übrigen Entwicklungsländern weiter im Rückstand. Extreme Armut, mangelnde Gesundheits- und Sanitärversorgung, Umweltzerstörung und zivile Konflikte überschatten nach wie vor das Leben von Millionen von Afrikanern. Gleichzeitig sind Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids jedes Jahr für den Tod von nahezu 4 Millionen Afrikanern verantwortlich und hemmen die Entwicklung vieler Länder. Wir müssen unsere globale Partnerschaft stärken, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, insbesondere in Afrika, unter anderem durch vermehrte und bessere Entwicklungshilfe, weitere Schuldenerleichterungen, die Verbesserung des Marktzugangs für afrikanische Erzeugnisse und faireren Handel. Wie an früherer Stelle erwähnt, habe ich die Lenkungsgruppe für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika eingerichtet, die das internationale System für die Unterstützung der Ver-

wirklichung der Ziele mobilisieren wird. In vier afrikanischen Ländern – Kap Verde, Mosambik, Ruanda und Vereinigte Republik Tansania – wird derzeit ein innovatives Pilotprojekt der Vereinten Nationen für eine kohärentere Programmdurchführung auf Landesebene umgesetzt.

32. Zu den wichtigsten Aufgaben der Vereinten Nationen gehört die Unterstützung afrikanischer Institutionen und Kapazitäten auf dem Gebiet der Konfliktprävention, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung. Die Afrikanische Union und die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas setzen die Stärkung umfassender politischer und institutioneller Mechanismen fort, um ein wirksames innerafrikanisches Vorgehen in diesen Schlüsselbereichen zu ermöglichen. Die im November 2006 angenommene Erklärung über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union und die Ausarbeitung des Zehnjahresprogramms für den Kapazitätsaufbau zu Gunsten der Afrikanischen Union werden zu diesen Bemühungen beitragen. 2006 unterstützten die Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und anderen Partnern die ersten demokratischen Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo seit mehr als 40 Jahren. Die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union arbeiten auf breiter Ebene zusammen, um die Krise in Darfur beizulegen. Im Juli 2007 genehmigte der Sicherheitsrat in einer bislang einzigartigen Resolution die Einrichtung einer hybriden Truppe in Darfur. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass wir eine Mission entsenden, die im Leben der Menschen in dieser Region eine greifbare Verbesserung bewirkt. Die Unterstützung, die die Kommission für Friedenskonsolidierung für Burundi und Sierra Leone gewährt, ist unabdingbar für die laufenden Bemühungen zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in diesen beiden Ländern.

33. Die Vereinten Nationen leisten in Afrika engagierte, umfassende und tiefgreifende Arbeit. Ich bin davon überzeugt, dass die Organisation den afrikanischen Staaten und ihren Völkern auch weiterhin bei der Bewältigung der kritischen Herausforderungen helfen muss, mit denen der afrikanische Kontinent konfrontiert ist.

Klimawandel und nachhaltige Entwicklung

34. Im Jahr 2007 haben die Bemühungen, den Klimawandel abzuschwächen, sich daran anzupassen und das Millenniums-Entwicklungsziel der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit zu erreichen, in bisher nicht erreichtem Maße an Fahrt gewonnen. Ich habe den Klimawandel zu einem vorrangigen Thema für die Organisation gemacht, weil er eine ökologische Krise weltweiten Ausmaßes herbeizuführen droht, wenn er nicht eingedämmt wird. Darüber hinaus wird die Bewältigung des Klimawandels zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 und der umfassenderen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die auf dem Weltgipfel 2005 vereinbart wurden, beitragen. Außerdem kann sie zur Verringerung des Konfliktrisikos beitragen, wie aus einer im Juni 2007 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlichten Studie über die Zusammenhänge zwischen der Umweltzerstörung und den Spannungen in Sudan einschließlich der Region Darfur hervorgeht, in der die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Konflikten aufgezeigt wurden.

35. Die Vereinten Nationen und ihre verschiedenen Organe und Programme sowie die Sonderorganisationen tragen zur Aufklärung, zur Konsensbildung, zu kreativen Lösungen und zu konkreten Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel bei. 2007 veröffentlichte die vom UNEP und der Weltorganisation für Meteorologie eingesetzte Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen ihren vierten Lagebericht. Aus wissen-

schaftlicher Sicht gibt es keinen Zweifel – der Klimawandel findet statt, und es ist so gut wie sicher, dass der Mensch dafür verantwortlich ist.

36. Die Einschätzung der Sachverständigengruppe zu den wahrscheinlichen Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung und die Volkswirtschaften – von der Gletscherschmelze und dem künftigen Versiegen von Flüssen bis zu extremeren Wetterereignissen wie Überschwemmungen und Dürren – hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die entsprechenden Maßnahmen zu lenken. Der Bericht schloss mit einer optimistischen Note: Die Bekämpfung des Klimawandels kostet möglicherweise nicht mehr als 0,1 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts pro Jahr für die nächsten 30 Jahre. Die Gruppe vertrat außerdem den Standpunkt, dass die in einigen Sektoren infolge höherer Energieeffizienz erzielten Einsparungen wahrscheinlich positive Nettoeffekte auf die Volkswirtschaften haben werden.

37. 2007 intensivierte das System der Vereinten Nationen die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels an vielen Fronten. Die im November 2006 in Nairobi abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen über den Klimawandel rückte die Anfälligkeit der Entwicklungsländer, insbesondere der Länder Afrikas und der kleinen Inselländer, in den Vordergrund. Zu den zahlreichen positiven Ergebnissen der Konferenz gehörten der Rahmenplan von Nairobi und die Einleitung einer gemeinsamen Initiative mehrerer Einrichtungen (UNDP, UNEP, Sekretariat des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen, Weltbank und Afrikanische Entwicklungsbank) zum Aufbau von Kapazitäten in denjenigen Entwicklungsländern, die bisher noch nicht an dem ein Volumen von mehreren Milliarden Dollar umfassenden Handel mit Emissionsrechten teilnehmen können, der Teil des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung des Protokolls von Kyoto ist.

38. Die Anpassung an den Klimawandel und die Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung gegen den Klimawandel („climate proofing“) entwickelten sich 2007 zu einem zentralen Thema. Mehrere Einrichtungen der Vereinten Nationen haben verstärkte Maßnahmen zur Einbindung der Klimafrage in ihre Entwicklungs- und Armutsminderungsstrategien unternommen. Im Zuge des Arbeitsprogramms von Nairobi des Rahmenübereinkommens haben sich viele Akteure des Systems der Vereinten Nationen zusammengefunden, um Anpassungsmaßnahmen zu fördern, die Frage der Anpassung in alle relevanten Politikbereiche zu integrieren und die Gewährung von Hilfe an die Entwicklungsländer entsprechend deren Bedürfnissen zu fördern. Darüber hinaus ist die Erschließung des Potenzials der Finanzmärkte Teil der Initiativen der Vereinten Nationen im Bereich der Abschwächung und Anpassung. So versammelten sich beispielsweise im Mai im Rahmen des von den Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit regionalen Bankinstitutionen veranstalteten Africa Bankers' Carbon Finance Investment Forum (Investmentforum afrikanischer Banken zur Finanzierung des Handels mit Emissionsrechten) Länder und Finanziers zu dem Zweck, den Zugang zum Handel mit Emissionsrechten und zu Projekten für saubere Energien zu beschleunigen.

39. Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen damit begonnen, ihre Arbeitsabläufe und ihre Gebäude umweltfreundlicher zu gestalten. Einige Teile des Systems haben auf diesem Gebiet die Führungsrolle übernommen, und die übrigen Teile müssen nun folgen.

40. Die jährlichen Feierlichkeiten zur Begehung des Welt-Umwelttags trugen dazu bei, die Weltöffentlichkeit für die Notwendigkeit des Handelns zur Bewältigung des Klimawandels zu sensibilisieren und einen entsprechenden Konsens herbeizuführen. Bei den von Norwegen ausgerichteten Hauptfeierlichkeiten in Tromsø stellte das UNEP unter dem Mot-

to „Melting Ice – A Hot Topic?“ (Schmelzendes Eis – ein heißes Thema?) einen von der Fachwelt rezensierten Bericht mit dem Titel *Global Outlook for Ice and Snow* (Globale Aussichten für Eis und Schnee) vor. Die Vereinten Nationen beteiligen sich auch an dem Internationalen Polarjahr, das noch bis 2008 läuft. Im Rahmen dieses Jahres wollen Wissenschaftler einigen der Fragen auf den Grund gehen, die Anlass zur Besorgnis geben, darunter den möglichen Auswirkungen eines Abschmelzens der Eisdecke Grönlands auf den Anstieg des Meeresspiegels.

41. Für die nähere Zukunft gilt mein Augenmerk der nächsten Klimawandelkonferenz in Bali (Indonesien). Dort muss ein Durchbruch im Hinblick auf eine Vereinbarung erzielt werden, mit der ein Prozess für ein umfassenderes globales Vorgehen gegen den Klimawandel für die Zeit nach 2012 eingeleitet wird. Vertrauensbildung steht im Mittelpunkt der Bemühungen der Vereinten Nationen zur Herbeiführung eines erfolgreichen Ergebnisses, das die Welt dem Ziel näher bringt, die Treibhausgasemissionen um bis zu 80 Prozent zu senken – ein Schritt, der getan werden muss, um das Klimasystem zu stabilisieren. Zu diesem Zweck werde ich am 24. September 2007 in New York eine Veranstaltung auf hoher Ebene einberufen, um den entsprechenden politischen Willen zu mobilisieren und weitere Fortschritte in Richtung auf eine globale Vereinbarung in Bali auf der Grundlage des Rahmenübereinkommens zu erzielen. Um das Problem des Klimawandels global zu lösen, müssen wir global handeln. Die Art und Weise, wie wir heute mit dem Klimawandel umgehen, wird bestimmen, welches globale Erbe wir künftigen Generationen hinterlassen.

Kapitel III

Frieden und Sicherheit

42. Das Streben nach einer friedlicheren und sichereren Welt ist eine der wichtigsten Säulen der Tätigkeit der Vereinten Nationen. Im vergangenen Jahr hat die Nachfrage nach dem Engagement der Organisation auf dem Gebiet der Konfliktprävention und der Konfliktbewältigung, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung stark zugenommen. Zudem steht die Organisation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und in dem Bemühen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einzudämmen, weiter an vorderster Front. Die Vereinten Nationen für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit angemessen zu rüsten, ist eine der ersten Prioritäten, die ich seit meiner Amtsübernahme gesetzt habe. Ich arbeite am weiteren Aufbau der strategischen Partnerschaften, die notwendig sind, um die Festigung von Frieden und Sicherheit zu gewährleisten und die Institutionen zu stärken, die für jeden Mitgliedstaat ein Wegweiser zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, zu einer demokratischen Regierungsführung und zur Erfüllung menschlichen Strebens sein können. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass es keine Entwicklung ohne Frieden und keinen Frieden ohne Entwicklung geben kann, wobei der Geist der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten stets gewahrt sein muss.

Konfliktprävention und Friedensschaffung

43. Auf dem Gebiet der Konfliktprävention und der Friedensschaffung wurden im vergangenen Jahr enorme Anforderungen an die Vereinten Nationen gestellt. Die wohl größte Belastungsprobe fand erneut im Nahen Osten statt. In der internationalen Gemeinschaft herrscht weit verbreitete Besorgnis über die Situation in Irak. Die Zukunft Iraks ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Stabilität der Region und der Welt. Im vergangenen Jahr setzten sich die Vereinten Nationen für die Förderung regionalen Engagements durch Initiativen wie den Internationalen Pakt mit Irak ein und förderten weiter die nationale Aussöhnung und Konsensbildung, insbesondere durch ihre Unterstützung für den Prozess der Überprüfung der Verfassung. Wir werden weiter nach Mitteln und Wegen suchen, um Irak bei der Bewältigung der kommenden Herausforderungen behilflich zu sein. In Libanon verschärfte sich im Gefolge des Krieges von 2006 die politischen Gegensätze, was die Erfüllung der verschiedenen Mandate der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Libanons erschwerte. Im Nahen Osten setzen sich die Vereinten Nationen außerdem angesichts von Herausforderungen wie den innerpalästinensischen Spannungen auch weiterhin für ein umfassendes Friedensabkommen und die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung ein.

44. Andernorts in Asien gab es ermutigendere Nachrichten. In Nepal wurden Fortschritte bei der Beilegung des Konflikts und der Behebung seiner tieferen Ursachen erzielt. Auf Ersuchen der nepalesischen Parteien wurde die Mission der Vereinten Nationen in Nepal eingerichtet, mit dem Auftrag, bei der Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung und beim politischen Übergang behilflich zu sein. Die Einrichtung eines Regionalzentrums der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien in Aschgabat wird die Organisation in die Lage versetzen, zur Stärkung demokratischer Übergänge und regionaler Kapazitäten für die Konfliktprävention beizutragen.

45. Ferner wurden in Asien auch die Guten Dienste des Generalsekretärs verstärkt in Anspruch genommen. Der Dialog auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und

Myanmar wurde erneut aufgenommen, und im Anschluss an den Staatsstreich in Fidschi im Dezember 2006 wurde eine interinstitutionelle Ermittlungsmission dorthin entsandt.

46. Auch in Afrika traten die Vereinten Nationen vielerorts mit vorbeugender Diplomatie, Guten Diensten und der Unterstützung der Vermittlungsbemühungen von Partnern in Erscheinung. Anfang Januar 2007 setzte ich meine Guten Dienste als Generalsekretär erstmals ein, um eine Lösung für die Krise in Darfur zu fördern. Zu diesem Zweck nahm ich an den Gipfeltreffen der Afrikanischen Union im Januar in Addis Abeba und der Liga der arabischen Staaten im März in Riad sowie an einem Treffen auf hoher Ebene im Juni in Paris teil. Auf den beiden Gipfeltreffen wurden offene, doch konstruktive Konsultationen mit der Regierung Sudans geführt. Alle drei Treffen trugen dazu bei, einen internationalen Konsens und die entsprechende Dynamik zu Gunsten eines gestärkten politischen Prozesses zu schaffen sowie eine Einigung über das Modul für schwere Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Sudan und die Einrichtung eines hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu erzielen, den der Sicherheitsrat letztendlich am 31. Juli genehmigte.

47. Ebenfalls in Afrika wurden im Juni 2007 von den Vereinten Nationen moderierte Gespräche zwischen den Parteien in der Westsaharfrage eingeleitet – die ersten direkten Gespräche seit sechs Jahren. In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten trug mein Sonderbeauftragter für Westafrika zur Stabilisierung der Lage in Guinea nach den inneren Unruhen Anfang 2007 bei. In dem Bemühen, ein Übergreifen der Krise in Darfur auf Tschad und die Zentralafrikanische Republik zu verhindern und einen alle Seiten einschließenden politischen Dialog in der Zentralafrikanischen Republik zu fördern, stattete eine hochrangige Delegation der Vereinten Nationen diesem Land und mehreren seiner Nachbarländer im Dezember 2006 einen Besuch ab.

48. Im Norden Ugandas arbeitete mein Sondergesandter für die von der Widerstandarmee des Herrn betroffenen Gebiete mit regionalen Akteuren zusammen, um die Friedensgespräche neu zu beleben. Die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen leiteten eine gemeinsame Initiative ein, um den politischen Prozess in Darfur voranzubringen. Außerdem unterstützen die Vereinten Nationen weiter die Durchführung des im Dezember 2006 unterzeichneten Paktes über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen. Darüber hinaus förderte mein Sonderbeauftragter für Somalia aktiv einen alle Seiten einschließenden Prozess der nationalen Aussöhnung.

49. In Zentralamerika einigten sich das Sekretariat und die Regierung Guatemalas im Dezember 2006 über die Einsetzung einer internationalen Kommission gegen Straflosigkeit. Anderswo bestehen nach wie vor Schwierigkeiten. In Zypern wurde die Vereinbarung vom 8. Juli 2006 trotz zahlreicher Treffen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs mit den Gesandten der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Führung bislang nicht durchgeführt.

50. Schließlich hat eine in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten eingerichtete, jedoch kleine Gruppe zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen damit begonnen, Vermittler der Vereinten Nationen und sonstige Vermittler zu beraten und zu unterstützen, so auch in einigen der genannten Fälle. Ende 2006 wurde eine Online-Datenbank eingerichtet, die Friedensübereinkünfte und Leitlinien für Gesandte enthält, und ich erwarte, dass bis Ende 2007 ein ständiges Team von Vermittlungsspezialisten einsatzfähig sein wird. Diese zusätzlichen Kapazitäten dürften sich in mehreren verschiedenen Bereichen, in denen ein Tätigwerden der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der vorbeugenden Diplomatie und der Friedensschaffung erforderlich ist, als maßgeblich erweisen.

Friedenssicherung

51. Im vergangenen Jahr nahmen die friedenssichernden Tätigkeiten nicht nur an Umfang, sondern auch an Komplexität stark zu. Anfang 2006 unterstützte die Friedenssicherung der Vereinten Nationen 18 Friedensmissionen und 13 weitere Feldmissionen und Feldbüros, bei denen sich insgesamt etwa 85.000 Personen im Einsatz befanden. Im August 2007 war diese Zahl bereits auf über 100.000 Personen angestiegen, wobei der hoch komplexe hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur noch gar nicht berücksichtigt ist. Der Jahreshaushalt für die Friedenssicherung der Vereinten Nationen beläuft sich derzeit auf rund 5,6 Milliarden Dollar oder ein halbes Prozent der weltweiten Militärausgaben.

52. Zu den unzähligen Herausforderungen, denen sich die Friedenssicherung der Vereinten Nationen während des vergangenen Jahres gegenüber sah, gehörten die Situation in Sudan und ihre grenzüberschreitenden Auswirkungen auf Tschad und die Zentralafrikanische Republik. Während das Hauptaugenmerk der Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS) weiter darauf lag, die Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens aus dem Jahr 2005 zu überwachen und aktiv zu unterstützen, beanspruchten die Krise in der Region Darfur in Sudan und die internationalen Anstrengungen zu ihrer Beilegung die UNMIS, die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und seit meinem Amtsantritt als Generalsekretär auch mich in zunehmendem Maße. Die Einrichtung neuer Missionen in Darfur, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik wird ein klares und deutliches Zeichen unserer Entschlossenheit zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der Region setzen. Eine weitere Herausforderung für die Friedenssicherung der Vereinten Nationen waren die Gespräche über den Status des Kosovo und die zu gegebener Zeit erfolgende Übergabe der Verwaltungsfunktionen durch die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo. Nach zahlreichen Konsultationen zwischen den Behörden in Belgrad und den Vertretern der vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen im Kosovo legte ich dem Sicherheitsrat im März 2007 einen umfassenden Vorschlag für eine Regelung des Status des Kosovo vor. Dieser Vorschlag bildete die Beratungsgrundlage des Sicherheitsrats für den künftigen Status des Kosovo.

53. Im Hinblick auf ihre traditionellere friedenssichernde Rolle erreichte die Friedenssicherung der Vereinten Nationen einen wichtigen Meilenstein, als nach der Verabschiedung der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats im August 2006 so schnell wie nie zuvor Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen nach Libanon entsandt wurden. Dadurch wurden der Abzug der israelischen Verteidigungskräfte und zum ersten Mal seit 40 Jahren die Dislozierung von Angehörigen der libanesischen Streitkräfte im gesamten südlichen Libanon, einschließlich bis zur Blauen Linie, möglich. Die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) arbeitete auch weiterhin eng mit den libanesischen Streitkräften zusammen, mit dem Ziel, das neue strategische Militär- und Sicherheitsumfeld in Südlibanon zu konsolidieren, Verletzungen der Blauen Linie zu verhindern und die Einstellung der Feindseligkeiten zu wahren. Die UNIFIL hat ein stabiles Einsatzgebiet geschaffen, das als Ausgangspunkt für die internationalen Anstrengungen zur Neubelebung des politischen Prozesses mit dem Ziel einer ständigen Waffenruhe dient.

54. Im vergangenen Jahr stellten 110 Länder uniformiertes Personal für die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen, wobei Bangladesch, Indien und Pakistan mit zusammen mehr als 40 Prozent der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen die Spitzenposition einnahmen. Ich begrüße die Entsendung europäischer Blauhelme nach Libanon in Anbetracht dessen, dass zuvor weniger als 6 Prozent aller Friedenssicherungs-

kräfte der Vereinten Nationen aus Europa stammten. Mit den mehr als 7.000 europäischen Soldaten, die für die UNIFIL zugesagt wurden, hat sich die Gesamtzahl der bei allen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen eingesetzten Truppen aus europäischen Ländern und Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) mehr als verdoppelt.

55. Das Mandat der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen umfasst außerdem die Unterstützung des Wiederaufbaus und der Stärkung grundlegender Dienstleistungen, die Neubelebung und Unterstützung ins Stocken geratener Friedensprozesse sowie Hilfe bei der Bekämpfung der tieferen Ursachen von Konflikten. Diese mehrdimensionalen Mandate werden in einem oft prekären, unsicheren Umfeld wahrgenommen, in dem Splittergruppen und bewaffnete Gruppen, die außerhalb des offiziellen Friedensprozesses stehen, möglicherweise den Friedenssicherungskräften Widerstand entgegensetzen. Derartige Zwischenfälle ereigneten sich bei vielen unserer laufenden Friedenssicherungseinsätze, beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo, Libanon und Sudan. 2006 und 2007 gaben insgesamt 85 Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen im Feld ihr Leben für die Sache des Friedens.

56. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit während der Übergangsphase nach Konflikten und das Vorgehen gegen Bedrohungen der öffentlichen Ordnung waren im vergangenen Jahr ebenfalls wesentliche Tätigkeitsfelder der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen. In Timor-Leste bestand eine unmittelbare Aufgabe der Integrierten Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste während der Anfangsmonate darin, die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch die übergangsweise Wahrnehmung der Rechtsdurchsetzung durch internationale Polizei zu gewährleisten und gleichzeitig einen Auswahlprozess für die nationale Polizei durchzuführen. In Haiti wurde in Abstimmung mit der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) ein Reformplan für die Haitianische Nationalpolizei aufgestellt, der anschließend von der Regierung Haitis verabschiedet wurde. Von der MINUSTAH und der Haitianischen Nationalpolizei gemeinsam durchgeführte Sicherheitseinsätze trugen zur Verbesserung des Sicherheitsumfelds in Port-au-Prince bei. Die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo verliefen zwar weitgehend ruhig, doch kam es am 20. August 2006 in Kinshasa kurz vor der Ankündigung der vorläufigen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zum Ausbruch von Gewalt. Diese eskalierte über zwei Tage hinweg in Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften der beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten. Die rasche militärische und polizeiliche Intervention der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und der Operation der Europäischen Union trugen gemeinsam mit konzertierten diplomatischen Bemühungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung bei, wodurch der Weg für eine weitgehend friedliche zweite Runde der Präsidentschaftswahlen geebnet wurde.

57. Die steigende Zahl ähnlicher Zwischenfälle, die eine Intervention seitens der Vereinten Nationen notwendig machen, zeigt deutlich, welche zentrale Bedeutung beim Aufbau eines Rechtsstaates der Kontrolle über die Sicherheitsinstitutionen zukommt. Der Ausbau der nationalen Kapazitäten und Institutionen, insbesondere im Sicherheitssektor, ist ein langfristiger Prozess, der den politischen Willen der nationalen Akteure und Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Geber, erfordert. Ein kritischer Aspekt dieses Prozesses ist die Förderung der nationalen und lokalen Verantwortungsübernahme für diese Reformen mit dem Ziel, die Rolle des Militärs in der inneren Sicherheit zu begrenzen, die zivile Kontrolle über alle Sicherheitskräfte zu gewährleisten und den grundlegenden Normen der Rechenschaftspflicht, Transparenz und Achtung der Menschenrechte Rechnung zu tragen. Die Erfolgsbilanz beim Ausbau der Kapazitäten nationaler Sicher-

heitsinstitutionen war gemischt. Sierra Leone übernahm ein gewisses Maß an nationaler Eigenverantwortung für die Reform des Militärs und der Polizei, doch fürchte ich, dass diese ohne anhaltende und langfristige internationale technische und finanzielle Unterstützung keinen Bestand haben wird. Ähnlichen Problemen sahen sich Liberia und die Demokratische Republik Kongo gegenüber, die sich in der Frühphase der Reform ihres Sicherheitssektors befinden. Diesen Reformen war auch in Afghanistan kein großer Erfolg beschieden, wo der Krieg gegen die Taliban und andere regierungsfeindliche Elemente die Sicherheitsbehörden gezwungen hat, in dem Bemühen, für interne Sicherheit zu sorgen, eine größere Rolle zu übernehmen, als eigentlich erstrebenswert wäre.

58. Unterstützung durch die Vereinten Nationen bei Wahlprozessen ist nach wie vor ein bedeutender und in der Regel erfolgreicher Aspekt vieler Friedenssicherungseinsätze. Die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen waren darüber hinaus weiter dabei behilflich, komplexe und labile Übergangsprozesse in der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, Sierra Leone und Timor-Leste voranzubringen, indem sie die Abhaltung erfolgreicher Wahlen und die Einsetzung neuer Regierungen unterstützten.

59. In der Folgephase von Wahlen besteht die wesentliche Herausforderung in der Institutionalisierung einer Mehrparteiendemokratie, die eine alle Seiten einschließende, transparente und rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung gewährleistet. Wahlen eröffnen Ländern die Chance, sich aus dem Teufelskreis der politischen Instabilität, Gewalt und Armut zu befreien und zu beweisen, dass eine gewählte Regierung ihre Legitimität nicht allein aus der Wahlurne bezieht, sondern vielmehr aus ihrer Fähigkeit, unparteiisch für die Sicherheit und die soziale Grundversorgung aller Menschen zu sorgen. In Liberia, der Demokratischen Republik Kongo, Timor-Leste und Haiti arbeiteten die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen gemeinsam mit den Landesteams der Vereinten Nationen eng mit den gewählten Regierungen zusammen, um die Einrichtung einer auf breiter Grundlage beruhenden staatlichen Verwaltung zu unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei Maßnahmen zur Stärkung der innerstaatlichen Institutionen, der Erhöhung der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit für Staatsausgaben und -einnahmen sowie der Reform des Sicherheitssektors, in der Regel allesamt wichtige Zielwerte für die Strategie des Ausstiegs von Friedenssicherungsmissionen aus einem Land.

60. Der Ausbau strategischer Partnerschaften mit multilateralen und regionalen Organisationen hat sich für die Lastenteilung in der Friedenssicherung zu einem hochprioritären Bereich entwickelt. Auf Grund der verschlechterten Sicherheitslage in Darfur und der Schwierigkeiten, denen sich die Mission der Afrikanischen Union in Sudan (AMIS) gegenüber sah, waren die Vereinten Nationen gefordert, der AMIS unverzichtbare logistische Unterstützung zu leisten. Am 12. Juni 2007 stimmte die Regierung Sudans in Addis Abeba einem gemeinsamen hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu, und am 31. Juli 2007 genehmigte der Sicherheitsrat die Aufstellung einer aus nahezu 20.000 Soldaten und mehr als 6.000 Polizisten bestehenden Truppe. Ich begrüße diesen im Anschluss an langwierige Verhandlungen erzielten Durchbruch und stehe nach wie vor persönlich zu der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union. Aufbauend auf dem Erfolg der von der Europäischen Union geleisteten Unterstützung für die Wahlhilfe der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stimmte ich am 7. Juni 2007 in einer gemeinsamen Erklärung mit der Präsidentschaft der Europäischen Union einer Verstärkung unserer gemeinsamen Tätigkeit und der Sondierung weiterer Bereiche und Modalitäten der Zusammenarbeit zu. Darüber hinaus unterhalte ich eine enge Zusammenarbeit mit der NATO in Afghanistan und im Kosovo.

61. Durch die zunehmende Komplexität und die wachsenden Herausforderungen, denen sich die Friedenssicherung der Vereinten Nationen gegenüber sieht, wurden die Kapazitäten der Organisation zur Bewältigung der Probleme im Feld stark strapaziert. Daher danke ich den Mitgliedstaaten für die rasche Billigung meiner Vorschläge zur Stärkung der Kapazität der Vereinten Nationen zur Aufstellung und Aufrechterhaltung von Friedenseinsätzen in einer Zeit, in der die Nachfrage nach Blauhelmen so groß ist wie nie zuvor. Diese Vorschläge umfassen die Neugliederung der Hauptabteilung Friedenseinsätze, die Einrichtung einer eigenen Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze unter Leitung eines Untergeneralsekretärs, eine erhebliche Steigerung der Ressourcen beider Hauptabteilungen und anderer Teile des Sekretariats sowie neue Kapazitäten und integrierte Strukturen, um der steigenden Komplexität der mandatsmäßigen Tätigkeiten gerecht zu werden sowie um eine einheitliche Führung und die Integration der Maßnahmen zu gewährleisten.

62. Gleichzeitig setzte die Organisation ihre Anstrengungen fort, gegen Verfehlungen, namentlich sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch, umfassend vorzugehen. Heute bestehen bei den 18 Friedensmissionen eigene Stellen für Verhaltens- und Disziplinfrauen. Im Laufe des Berichtsjahrs wurden beim Aufbau strategischer Partnerschaften innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sowie mit externen Akteuren Fortschritte erzielt, damit Hilfe für Opfer sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Personal der Vereinten Nationen sichergestellt ist. Zu den wichtigsten Leistungen gehörte es, dass sich mehrere Institutionen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen die im Dezember 2006 herausgegebene Verpflichtungserklärung zur Beseitigung sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Personal der Vereinten Nationen und anderes Personal zu eigen gemacht haben, in der 10 Maßnahmen, darunter praktischen Präventiv- und Abhilfemaßnahmen, eine Schlüsselstellung zuerkannt wird.

Friedenskonsolidierung

63. Um fragile Gesellschaften zu unterstützen, die dabei sind, die Verheerungen des Krieges zu überwinden, um das Wiederaufleben von Konflikten zu verhindern und um Lücken bei der Friedenskonsolidierung zu schließen, errichteten die Mitgliedstaaten auf dem Weltgipfel 2005 die neue Architektur der Friedenskonsolidierung, die aus der Kommission für Friedenskonsolidierung, dem Friedenskonsolidierungsfonds und dem Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung besteht.

64. Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit konzentrierte sich die Kommission auf die mit der Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in Burundi und Sierra Leone verbundenen Herausforderungen und begann mit der Entwicklung zentraler organisatorischer und verfahrensbezogener Methoden für ihre Arbeit. Mit Unterstützung durch die Kommission und die Vereinten Nationen ermittelte die Regierung Burundis die Herausforderungen und Bedrohungen, die sich der Friedenskonsolidierung entgegenstellen. Der daraufhin entwickelte Strategierahmen für Burundi dient der Regierung nun als Handlungshilfe, wenn sie mit allen Interessenträgern in dem Land und mit der internationalen Gemeinschaft an Fragen der Friedenskonsolidierung herantritt. Die Regierung Sierraeones erarbeitet derzeit mit Unterstützung der Vereinten Nationen und der Kommission ihre integrierte Friedenskonsolidierungsstrategie, die nach den Wahlen in dem Land weiter verfeinert werden wird.

65. Das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung wurde geschaffen, um die Kommission zu unterstützen und um mich hinsichtlich der Einrichtung des Systems zur Erarbeitung und Durchführung wirksamer Friedenskonsolidierungsstrategien zu beraten.

Es beaufsichtigt die Tätigkeit des Friedenskonsolidierungsfonds und wird die Koordinierung in Bezug auf Friedenskonsolidierungsfragen innerhalb des Sekretariats und in den Vereinten Nationen verbessern, um sicherzustellen, dass die Kommission möglichst wirksame Unterstützung durch das Sekretariat erhält. Das Büro ist inzwischen funktionsfähig und mit Personal ausgestattet, sodass es sein Mandat wahrnehmen und die Kommission unterstützen kann. Zu seinen Aufgaben gehört es auch, die maßgeblichen Akteure zusammenzubringen, um Strategiegespräche über Vorrangbereiche und Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Friedenskonsolidierung einzuleiten, sowie die bei der Friedenskonsolidierung gewonnenen Erkenntnisse zusammenzustellen, um der Kommission bei ihrer Arbeit behilflich zu sein. Das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung arbeitet darüber hinaus auch mit Außenstehenden sowie mit Gebern und Institutionen zusammen, um sicherzustellen, dass die Kommission umfassende sachgerechte Beratung und Unterstützung erhält.

66. Der Friedenskonsolidierungsfonds wurde eingerichtet, um Postkonfliktländern rasch Nothilfemittel zur Förderung des Friedens bereitzustellen. Er dient als Katalysator und Anstoß für das längerfristige Engagement von Entwicklungsorganisationen und Gebern. Anfang 2007 erklärte ich Burundi und Sierra Leone zu anspruchsberechtigten Ländern für Unterstützung aus dem Fonds und stellte für jedes der beiden Länder 35 Millionen Dollar bereit. Mit diesen Geldern werden bereits jetzt entscheidend wichtige Friedenskonsolidierungsmaßnahmen unterstützt, die den zwischen der Kommission und den genannten Ländern vereinbarten Prioritäten Rechnung tragen. Derzeit wird daran gearbeitet, in naher Zukunft weiteren Ländern die Anspruchsberechtigung für Unterstützung aus dem Fonds zu erteilen.

67. Während dieses ersten Jahres wurden bereits wichtige Ergebnisse erzielt, doch bleibt noch viel zu tun. In den Resolutionen, mit denen die genannten Stellen geschaffen wurden, wird anerkannt, dass die internationale Gemeinschaft auf den Lehren der Vergangenheit aufbauen, Postkonfliktländern langfristige Aufmerksamkeit widmen und eine berechenbare Finanzierung zu Gunsten umgehender Nachsorge sicherstellen soll. Diesen Prioritäten ist Rechnung zu tragen. Darüber hinaus ist die Friedenskonsolidierung eine Querschnittsaufgabe, die eine Vielzahl von Akteuren beschäftigt; ich werde für eine bessere Koordinierung und gleichzeitig für die Vermeidung von Doppelarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sorgen. Das gesamte System, am Amtssitz und insbesondere im Feld, wird die Friedenskonsolidierung auch weiterhin in vollem Umfang unterstützen. Ich bin fest entschlossen, sicherzustellen, dass Friedenskonsolidierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren einen zentralen Platz in der Friedens- und Entwicklungsagenda der Organisation einnehmen.

Terrorismusbekämpfung

68. Die vom Terrorismus ausgehende Bedrohung des Weltfriedens, der internationalen Sicherheit und der Entwicklung ist nach wie vor ein dringliches Thema für die internationale Gemeinschaft. Im Zuge der Ausweitung der Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung ist mit der im September 2006 von der Generalversammlung verabschiedeten Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus ein einzigartiges Werkzeug entstanden. Die einstimmige Annahme dieses Dokuments ist ein historischer Schritt, den alle 192 Mitgliedstaaten gemeinsam getan haben, um ihre Entschlossenheit und ihr Vermögen zu beweisen, die Geißel des Terrorismus zu bezwingen.

69. Die Strategie gibt koordinierte, kohärente und umfassende Maßnahmen vor, mit denen der Terrorismus auf nationaler, regionaler und globaler Ebene bekämpft und gleichzeitig die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden soll. Ferner wird ein konkreter Aktionsplan zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und zur Auseinandersetzung mit Missständen und den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundbedingungen vorgezeichnet, die der Ausbreitung des Terrorismus förderlich sind. Die Strategie wird dann am erfolgreichsten sein, wenn sie vollständig umgesetzt wird. Ich bin der Ansicht, dass dieses Ziel erreicht werden kann, wenn die Kapazitäten der Mitgliedstaaten und des Systems der Vereinten Nationen gestärkt und Anstrengungen unternommen werden, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor einzubinden. Die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Strategie liegt bei den Mitgliedstaaten. Dennoch tragen eine Vielzahl von Sekretariats-Hauptabteilungen, Sonderorganisationen, Programmen und Fonds der Vereinten Nationen zu diesem wichtigen Unterfangen bei, indem sie die Mitgliedstaaten bei ihren Umsetzungsbemühungen unterstützen.

70. Seit der Verabschiedung der Strategie hat der Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung, dem 24 Stellen des Systems der Vereinten Nationen angehören, an den systemweiten Umsetzungsbemühungen gearbeitet und Mitgliedstaaten bei der Umsetzung unterstützt. Der Arbeitsstab hat einen kurzfristigen Arbeitsplan aufgestellt, in dem einige Teile der Strategie, hinsichtlich deren ein Handlungsbedarf bestehen könnte, sowie entsprechende konkrete Initiativen benannt werden, bei denen das System der Vereinten Nationen greifbare Ergebnisse erzielen kann. Zu diesen Initiativen gehört die Bekämpfung der Radikalisierung und der Rekrutierung potenzieller Terroristen, die Hilfe für Opfer, der Schutz gefährdeter Ziele, die Auseinandersetzung mit den Verbindungen zwischen Konfliktprävention und -beilegung und dem Terrorismus sowie die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und der Nutzung des Internets für terroristische Zwecke.

71. Als ein Mittel zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und anderen wichtigen Akteuren gab der Arbeitsstab im Januar 2007 ein *Counter-Terrorism Online Handbook* (Online-Handbuch Terrorismusbekämpfung) heraus, über das Mitgliedstaaten, Partnern der Vereinten Nationen und der breiten Öffentlichkeit eine Datenbank der Arbeiten und der Ressourcen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zugänglich gemacht wird.

72. Ein Zeugnis der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Terrorismus war das Inkrafttreten des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen im Juli 2007. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Rechtsinstrument für ein gemeinsames internationales Vorgehen gegen den Terrorismus. Ich gehe davon aus, dass die Mitgliedstaaten ebenso entschlossen an die Fertigstellung eines umfassenden Übereinkommens betreffend den internationalen Terrorismus herangehen werden wie an die Herausforderung des Nuklearterrorismus.

73. Im Jahr nach der Verabschiedung der Strategie zeigte sich, dass strategische Partnerschaften zwischen Mitgliedstaaten, dem System der Vereinten Nationen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie der Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung sind. Nur wenn wir zusammenarbeiten, können wir Erfolg in unserem gemeinsamen Bestreben haben, eine sicherere Welt zu schaffen, in der die Unverletzlichkeit des Lebens nicht länger durch den Terrorismus bedroht wird.

Abrüstung und Nichtverbreitung

74. Schon seit meinem ersten Tag im Amt betone ich, dass die Fehlschläge und der Verhandlungsstillstand, von denen wichtige Foren und Instrumente auf dem Gebiet der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung in den letzten Jahren betroffen waren, eindeutig die Notwendigkeit einer Neubelebung der internationalen Abrüstungsagenda beweisen, und zwar durch koordinierte Anstrengungen, bei denen die Vereinten Nationen eine wirksamere Rolle übernehmen sollten. Am 15. März 2007 unterstützte die Generalversammlung durch die Verabschiedung der Resolution 61/257 über die Stärkung der Kapazität der Vereinten Nationen zur Förderung der Abrüstungsagenda meine Vorschläge, ein Büro für Abrüstungsfragen unter der Leitung eines Hohen Beauftragten einzurichten. Das Büro wird sich auf konkrete Herausforderungen konzentrieren und stärker auf Mitgliedstaaten, zwischenstaatliche Organisationen und die Zivilgesellschaft zugehen.

75. Massenvernichtungswaffen, insbesondere Kernwaffen, sowie die laufenden Tests von Trägersystemen für solche Waffen sind nach wie vor von vordringlichem Belang. Im Hinblick auf die nukleare Abrüstung sind nicht genügend Fortschritte zu verzeichnen, der weltweite Beitritt zu den Sicherheitsabkommen der Internationalen Atomenergie-Organisation ist nicht erreicht, und in einigen Fällen werden diese Abkommen nicht eingehalten. Auch 2006 wurden wieder Nuklearversuche durchgeführt, und das Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen stößt weiter auf Schwierigkeiten. Der Beginn des neuen Überprüfungszyklus des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verlief jedoch ermutigend, und ich danke den Vertragsstaaten für die Anstrengungen, die sie gemeinsam unternehmen, um sicherzustellen, dass der dem Vertrag eigene multilaterale Ansatz nicht unterhöhlt wird.

76. Was die koreanische Halbinsel betrifft, so begrüße ich die positive Entwicklung der Sechs-Parteien-Gespräche im Jahr 2007 als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Entnuklearisierung. Eine Verhandlungslösung betreffend die Islamische Republik Iran würde das internationale Nichtverbreitungsregime stärken und das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in den friedlichen Zweck des Nuklearprogramms des Landes wiederherstellen. Ich sehe mit Zufriedenheit, dass hinsichtlich der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der nuklearen Frage in der Islamischen Republik Iran und in der Demokratischen Volksrepublik Korea innerhalb der Organisation weiterhin Einigkeit besteht.

77. Die Intensivierung der Arbeiten in der Abrüstungskonferenz im vergangenen Jahr mit dem Ziel, die seit langem bestehenden Differenzen über ihre Prioritäten zu überwinden, weckte hohe Hoffnungen auf einen Wendepunkt in der multilateralen Abrüstungsdiplomatie. Fortschritte sind zum Greifen nahe, und die Mitgliedstaaten könnten die Verhandlungen über einen Vertrag über das Verbot der Herstellung spaltbaren Materials sowie über Weltraumfragen und nukleare Abrüstung im Rahmen der Abrüstungskonferenz voranbringen und rasch abschließen.

78. 2006 unternahm die Generalversammlung mit der Einleitung eines neuen Prozesses zur Aushandlung eines Vertrags über den Waffenhandel den ersten förmlichen Schritt zur Ausarbeitung gemeinsamer internationaler Normen für die Einfuhr, die Ausfuhr und den Transfer konventioneller Waffen. Was die Durchführung des Aktionsprogramms von 2001 zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten betrifft, finde ich es ermutigend, dass die Gruppe von Regierungssachverständigen für die Prüfung weiterer Schritte zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten im Juni 2006 einen

Konsensbericht mit konkreten Empfehlungen dazu annahm, wie die Erarbeitung innerstaatlicher Gesetze und Vorschriften gefördert sowie der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden und die internationale Zusammenarbeit und Hilfe beim Kapazitätsaufbau verstärkt werden könnten.

79. Bei den großen vor uns liegenden Herausforderungen geht es um die Notwendigkeit, die multilateralen Abrüstungs- und Rüstungsregelungsnormen zu stärken. Das letztendliche strategische Ziel der Vereinten Nationen besteht in „allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle“. Die Erreichung dieses Ziels, das sich aus den in der Charta der Vereinten Nationen erteilten Abrüstungs- und Rüstungsregelungsmandaten ableitet, wird zusätzliche Anstrengungen erfordern, um den weltweiten Beitritt zu multilateralen Verträgen, deren vollständige und wirksame Durchführung, die Setzung neuer Normen und die verstärkte Interaktion mit der Zivilgesellschaft zu fördern.

Kapitel IV

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Angelegenheiten

80. Das Streben eines jeden Menschen nach einem Leben in Freiheit und Würde kann sich nur durch die Förderung und den Schutz der universellen Werte der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie erfüllen. Die internationale Gemeinschaft hat bei der Förderung der Menschenrechtsnormen und -mechanismen erhebliche Fortschritte erzielt. 2005 machten sich die politischen Führer der Welt ihre Verantwortung zu eigen, die Bevölkerung ihrer Länder vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Wir müssen weiter darauf hinarbeiten, der mit der Wahrnehmung dieser Verantwortung verbundenen Herausforderung gerecht zu werden. Zudem wird nur allzu vielen Menschen weiter das Recht auf ein Leben in Würde vorenthalten, weil sie in ihrem Versuch, Naturkatastrophen und anthropogenen Katastrophen und der damit verbundenen Gewalt zu entrinnen, zu Vertriebenen geworden sind. Derartige Verletzungen ihrer Rechte untergraben die Grundlagen der Sicherheit und der Entwicklung überall auf der Welt. Ich bin entschlossen, weiter verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Organisation für die Festigung der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie zu rüsten und die Mitgliedstaaten in ihren diesbezüglichen Anstrengungen zu unterstützen.

Rechtsstaatlichkeit

81. Die Rechtsstaatlichkeit ist eines der Grundprinzipien, auf denen die Vereinten Nationen aufbauen. Die Vereinten Nationen verfolgen nach wie vor das Ziel, als Gemeinschaft von Nationen ihre Tätigkeit nach Regeln auszuüben, die die Menschenrechte, die Menschenwürde und die Beilegung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel fördern. Die internationale Strafgerichtsbarkeit, ein Konzept, das davon ausgeht, dass die Herbeiführung von Gerechtigkeit eine festere Grundlage für dauerhaften Frieden schafft, hat sich zu einem Tätigkeitsschwerpunkt der Organisation entwickelt.

82. Die Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda setzten 2006 die Verfahren gegen Personen fort, die angeklagt sind, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord begangen zu haben. Die Außerordentlichen Kammern in den Gerichten Kambodschas haben gegen den ersten Beschuldigten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Anklage erhoben und ihn in Haft genommen. Der Sondergerichtshof für Sierra Leone hat das Verfahren gegen Charles Taylor eröffnet sowie zwei historische Urteile gegen fünf Personen gefällt, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und, was besonders bedeutsam ist, der Zwangsverpflichtung von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Was die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafgerichtshof angeht, so werde ich die Politik der Hilfe und Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof bei allen seinen Tätigkeiten unter voller Achtung des unabhängigen Charakters dieser wichtigen internationalen Institution fortsetzen.

83. Am 29. März 2006 ersuchte der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1664 (2006) meinen Vorgänger, mit der Regierung Libanons ein Abkommen zur Einsetzung eines Gerichtshofs auszuhandeln, um diejenigen der Justiz zuzuführen, die des Anschlags beschuldigt werden, bei dem der ehemalige Ministerpräsident Libanons, Rafik Hariri, und 23 weitere Personen getötet wurden. Am 30. Mai 2007 verabschiedete der Sicherheitsrat

die Resolution 1757 (2007) betreffend die Errichtung des Sondergerichtshofs für Libanon. Die in der Anlage zu der genannten Resolution enthaltenen Bestimmungen und das Statut des Gerichtshofs traten am 10. Juni 2007 in Kraft. Seither habe ich die notwendigen Schritte zur raschen Errichtung des Sondergerichtshofs veranlasst.

84. Eine Reihe von Akteuren der Vereinten Nationen leistet auf nationaler Ebene breit gefächerte Hilfe in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit. Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen unterstützen den Aufbau von Rechtsinstitutionen in Postkonfliktgesellschaften, in der Erkenntnis, dass Rechtsstaatlichkeit für die Konsolidierung eines langfristigen und dauerhaften Friedens unabdingbar ist. Länder mit im Aufbau befindlichen Institutionen haben die Vereinten Nationen ebenfalls um Unterstützung ersucht, und die Organisation sieht sich einer weiter wachsenden Nachfrage nach technischer Hilfe und Kapazitätsaufbaumaßnahmen gegenüber.

85. Zur besseren Koordinierung der Tätigkeit dieser vielfältigen Stellen gab mein Vorgänger Ende 2006 in seinem Bericht „Bündelung unserer Kräfte: Verstärkte Unterstützung der Vereinten Nationen für die Rechtsstaatlichkeit“ (A/61/636-S/2006/980 und Corr.1) die Einrichtung einer Gruppe für Koordinierung und Ressourcen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit bekannt. Die Gruppe besteht aus den Leitern der wichtigsten Stellen im System der Vereinten Nationen für Hilfe auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit und sorgt dafür, dass die entsprechenden Programme kohärent, hochwertig und bedarfsgerecht sind. Die Initiativen der Gruppe dienen der Ermittlung von Synergiebereichen sowie der Erleichterung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den verschiedenen Stellen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, die Hilfe auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit erbringen.

86. Es ist wichtig, dass die Vereinten Nationen die Rechtsstaatlichkeit nicht nur in ihren Mitgliedstaaten fördern, sondern auch dafür sorgen, dass die Herrschaft des Rechts innerhalb der Organisation zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck behandelt die Generalversammlung derzeit vom Sekretariat ausgehende Reformen zur Stärkung des Systems der internen Rechtspflege der Vereinten Nationen, und der Sicherheitsrat befasst sich weiter mit der Effizienz und Glaubwürdigkeit der Sanktionsregimes der Organisation.

Menschenrechte

87. Die Gründungstagung des Menschenrechtsrats im Juni machte das Jahr 2006 zu einem bedeutsamen Jahr für die Sache der Menschenrechte. Der Rat konzentriert sich seit Beginn seiner Tätigkeit auf den Aufbau seiner künftigen institutionellen Struktur. Am Ende des einjährigen Prozesses der Schaffung von Institutionen verabschiedete der Rat im Juni 2007 im Konsens ein Reformpaket, das unter anderem die Schaffung eines Mechanismus für allgemeine regelmäßige Überprüfung beinhaltet, dessen sich der Rat bei der Untersuchung der Situation der Menschenrechte in allen Ländern bedienen wird. In Anbetracht der Bandbreite und des Umfangs behaupteter Menschenrechtsverletzungen überall auf der Welt habe ich meine Besorgnis über den Beschluss des Rates geäußert, in seiner Tagesordnung und im Rahmen seiner Sondertagungen einen einzigen regionalspezifischen Punkt hervorzuheben. Die Überprüfung ist insofern jedoch vielversprechend, als sie im Jahr 2008, in dem sich die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum sechzigsten Mal jährt, für ein gestärktes Verständnis dessen sorgen wird, dass alle Menschenrechte allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind.

88. Der Rat hat darüber hinaus auch das System der besonderen Verfahren überprüft, das in den Worten meines Vorgängers, denen ich mich voll und ganz anschließe, das „Kronju-

wel“ des internationalen Systems zum Schutz der Menschenrechte bildet. Im ersten Jahr seines Bestehens verabschiedete der Rat einen Verhaltenskodex für Mandatsträger, der ihrer Tätigkeit größere Klarheit und Kohärenz verleihen soll. Im zweiten Jahr wird der Rat voraussichtlich einzelne Mandate bewerten sowie Schutzlücken aufzeigen, durch deren Schließung das System gestärkt werden kann.

89. Im vergangenen Jahr wurden einige Meilensteine in Form mehrerer wichtiger neuer Menschenrechtsverträge erreicht. So trat im Juni 2006 das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in Kraft. Im Dezember 2006 wurden darüber hinaus das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und das dazugehörige Fakultativprotokoll sowie das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen verabschiedet.

90. Derzeit unternimmt die internationale Gemeinschaft kühne Schritte, um schweren Verstößen gegen Kinder, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, ein Ende zu setzen. Der vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1612 (2005) geforderte Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus wurde in bisher 12 Ländern eingerichtet und konzentriert sich auf sechs Kategorien schwerer Verstöße gegen Kinder. Ich habe der zuständigen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte zu dieser Frage zahlreiche landesspezifische Berichte mit konkreten Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Kinder vorgelegt. Die Arbeitsgruppe, das System der Vereinten Nationen und die betroffenen Konfliktparteien sind in einigen dieser Situationen meinen Empfehlungen gefolgt.

91. Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte war weiter bestrebt, der stark gestiegenen Nachfrage nach Betreuung der ganzjährig stattfindenden Sitzungen des Menschenrechtsrats und der neuen Menschenrechtsvertragsorgane zu entsprechen. Parallel dazu hat das Amt auch seine eigene Transformation betrieben. Die Umsetzung seines ersten auf zwei Jahre angelegten strategischen Managementplans zur Verwirklichung der Vision in dem Aktionsplan der Hohen Kommissarin ist gut vorangekommen, und das Engagement des Amtes auf Landesebene, seine Führerschaft und seine thematischen Sachkenntnisse wurden ebenso gestärkt wie seine Partnerschaften mit anderen Stellen des Systems der Vereinten Nationen, der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern.

92. Im Jahr 2006 war das Amt des Hohen Kommissars bestrebt, seine Präsenz im Feld zu verstärken. Es unterhielt 11 Landesbüros, darunter ein neu eröffnetes Büro in Togo, und 7 Regionalbüros. Darüber hinaus vereinbarte es mit der Regierung Boliviens die Eröffnung eines neuen Büros in dem Land sowie mit der Regierung Panamas die Einrichtung eines Regionalbüros für Zentralamerika in Panama-Stadt.

93. Mehr als 400 Menschenrechtsreferenten sind derzeit weltweit bei Friedensmissionen der Vereinten Nationen im Einsatz, um die Menschenrechte in die Tätigkeit der Missionen zu integrieren und um über Herausforderungen auf dem Gebiet der Menschenrechte Bericht zu erstatten. Darüber hinaus hat die Schaffung einer Schnellreaktionsgruppe in der Zentrale des Amtes für eine wirksamere Reaktion auf plötzliche Verschlechterungen von Menschenrechtssituationen am Boden gesorgt.

Demokratie und gute Regierungsführung

94. Die Vereinten Nationen fördern auch weiterhin die Demokratie und eine gute Regierungsführung, indem sie nicht nur bei der Abhaltung glaubhafter Wahlen behilflich sind, sondern auch ein breites Spektrum von Tätigkeiten zur Förderung demokratischer Institutionen und Praktiken durchführen. Dazu gehört die Unterstützung einer unabhängigen Justiz und unabhängiger Parlamente, starker nationaler Menschenrechtspolitiken und -institutionen, transparenter und rechenschaftspflichtiger staatlicher Instanzen, der Staatsbürgerkunde, der freien Meinungsäußerung sowie starker, mit Partizipationsmöglichkeiten ausgestatteter Zivilgesellschaften. In diesem Zusammenhang werden Wahlprozesse immer häufiger nicht als Ziel an sich, sondern als Brücken zur Friedenskonsolidierung und zu einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Bei den Bemühungen des Systems der Vereinten Nationen, die Regierungsführung in den Mitgliedstaaten zu verbessern, nimmt die Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption jetzt eine besondere Vorrangstellung ein.

95. Einerseits brachte das vergangene Jahr eine Verkleinerung mehrerer großer und komplexer Wahlhilfeeinsätze, beispielsweise in Afghanistan, Irak und Liberia, andererseits jedoch leisteten die Vereinten Nationen einen wesentlichen Beitrag zur Abhaltung der historischen Parlaments-, Präsidentschafts- und Provinzversammlungen im Juli und Oktober 2006 in der Demokratischen Republik Kongo.

96. Parallel dazu wurde den Mitgliedstaaten in weiter zunehmendem Umfang technische Hilfe bei Wahlen gewährt. Im vergangenen Jahr nahmen mehr als 30 solcher technischer Hilfsprojekte ihren Anfang, hauptsächlich über das UNDP. Die Vereinten Nationen leisten ihre Wahlhilfe außerdem oftmals innerhalb eines komplexen politischen Umfelds. In Mauretanien beispielsweise trafen die nationalen Behörden auf Anraten der Vereinten Nationen gezielte Maßnahmen und erhöhten so die Glaubwürdigkeit des Verfassungsreferendums sowie der Parlaments- und Kommunalwahlen von 2006 und der Präsidentschaftswahlen von 2007.

97. Mit dem Eintritt in die Postkonfliktphase verlegen die Vereinten Nationen den Schwerpunkt ihrer Hilfe oft auf die Konsolidierung der von neu geschaffenen Wahlinstitutionen gesammelten Erfahrungen. Zu diesem Zweck übertrug beispielsweise die Mission der Vereinten Nationen in Liberia im September 2006 die Verantwortung für die langfristige Wahlhilfe der Vereinten Nationen an das UNDP.

98. Auf der sechsten Internationalen Konferenz der neuen oder wiederhergestellten Demokratien vom 29. Oktober bis 1. November 2006 in Doha bekräftigten die teilnehmenden Vertreter von 100 Regierungen, 69 Parlamenten und 97 zivilgesellschaftlichen Organisationen ihr gemeinsames Bekenntnis zur Demokratisierung. Ein Beirat und ein kleines Sekretariat wurden eingerichtet, um den Vorsitz der Konferenz bei der Umsetzung der Konferenzbeschlüsse zu unterstützen.

99. Der Demokratiefonds der Vereinten Nationen hat sich bereits einen Namen gemacht. Im ersten Jahr seiner Tätigkeit finanzierte er 122 Projekte, die aus 1.300 eingegangenen Anträgen ausgewählt worden waren. Diese Projekte werden in Partnerschaft mit einer Vielzahl nationaler Akteure durchgeführt und umfassen Maßnahmen zur Förderung der Transparenz staatlicher Stellen und zur Unterstützung von nationalen Menschenrechtsinstitutionen, Staatsbürgerkunde, Wahlsystemen und -prozessen sowie politischen Parteiensystemen. Ein wichtiger Schwerpunkt lag auf der Mitwirkung von Frauen und Jugendlichen an der Entscheidungsfindung. So enthielten 62 Prozent der eingereichten Anträge eine be-

deutende Gleichstellungskomponente, und 37 Prozent betrafen ausdrücklich die Förderung der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter.

100. Trotz dieser positiven Entwicklungen sind die Anstrengungen zur weiteren Verbreitung einer demokratischen Regierungsführung jedoch noch immer mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Viele Länder schränken auch weiterhin die Grundfreiheiten ein, und manche Regierungen sind hinsichtlich der Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht des öffentlichen Sektors mit Problemen konfrontiert. Frauen spielen zwar beim Aufbau der Demokratie eine wachsende Rolle, doch in Spitzenpositionen sind sie nach wie vor nur begrenzt vertreten. Indigene Völker und gesellschaftliche Randgruppen sind ebenfalls oft von der Macht ausgeschlossen. Darüber hinaus werden die Regierungen in Abwesenheit starker demokratischer Partizipation, öffentlicher Rechenschaftspflicht und gestärkter institutioneller Kapazitäten ihre Zusagen zur Verwirklichung der Millenniums-Erklärung, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele und anderer international vereinbarter Entwicklungsziele, nur schwerlich einhalten.

Humanitäre Angelegenheiten

101. Zahlreiche Krisen in aller Welt machten im vergangenen Jahr die Notwendigkeit berechenbarer und wirksamerer humanitärer Maßnahmen deutlich. Das System der Vereinten Nationen hat sich darum bemüht, dieser Notwendigkeit umfassend und vorausschauend Rechnung zu tragen. Zwei Bereiche verdienen besondere Aufmerksamkeit: die Verbesserung des Schutzes von Zivilpersonen und die Verstärkung der weltweiten Bemühungen auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge und -bewältigung angesichts der Auswirkungen des Klimawandels.

102. Positive Entwicklungen gab es im Hinblick auf einige seit langem andauernde Notsituationen, namentlich in der Demokratischen Republik Kongo, in Nepal und in Norduganda. Anhaltende Konflikte in Darfur, im Nahen Osten, in Somalia und Sri Lanka brachten jedoch weiterhin in großem Ausmaß Leid, Gewalt, Misshandlung und Vertreibung für Millionen von Menschen, insbesondere Frauen und Kinder. Durch Naturgefahren bedingte Katastrophen, namentlich schwere Überschwemmungen in Bangladesch, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Mosambik und Pakistan, forderten auch in diesem Jahr viele Menschenleben und vernichteten Existenzgrundlagen.

103. In Darfur, wo der nach wie vor größte humanitäre Einsatz weltweit durchgeführt wird, haben gewaltsame Angriffe auf Zivilpersonen, einschließlich Vergewaltigungen, sowie die Vernichtung von Existenzgrundlagen seit Juni 2006 nahezu 520.000 Zivilpersonen in die Flucht getrieben; damit ist die Zahl der Binnenvertriebenen auf insgesamt 2,2 Millionen gestiegen. Darüber hinaus haben mehr als 230.000 Menschen aus Darfur in Tschad Zuflucht gesucht, und 173.000 Tschader sind Vertriebene im eigenen Land. Über 12.300 Helfer, hauptsächlich aus Sudan, versuchen, 4,2 Millionen Menschen in Not humanitäre Hilfe zu leisten.

104. Insgesamt blieb der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo, dem seit 1998 4 Millionen Menschen vor allem als Folge von Krankheit, Hunger und Vertreibung zum Opfer gefallen sind, der weltweit tödlichste Konflikt.

105. In Somalia zwangen verstärkte Kampfhandlungen zwischen Klanmilizen und durch äthiopische Truppen unterstützten Regierungstreitkräften mehr als 400.000 Menschen, aus Mogadischu zu fliehen. Etwa 71.000 weitere somalische Flüchtlinge haben seit Juni 2006 in Nachbarländern Zuflucht gesucht. Erneute Kampfhandlungen in Sri Lanka trieben im

gleichen Zeitraum schätzungsweise 184.000 Menschen in die Flucht, womit die Gesamtzahl der Vertriebenen auf 437.000 gestiegen ist. Rund 103.000 Menschen sind in der letzten Zeit in den Osten Sri Lankas zurückgekehrt.

106. Im Nahen Osten fordern Gewaltkonflikte weiter viele Todesopfer und haben tragische Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bevölkerung. Im Sommer 2006 wurden durch militärische Angriffe in Libanon und Israel über eine Million Menschen in Libanon und 300.000 in Israel aus ihrer Heimat vertrieben. Etwa 8 Millionen irakische Zivilpersonen brauchen heute dringend humanitäre Hilfe, unter ihnen mehr als 2,2 Millionen Binnenvertriebene und mehr als 2 Millionen, die vorwiegend in der Syrischen Arabischen Republik und in Jordanien Zuflucht genommen haben.

107. 2007 ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit weiter angestiegen, was in erster Linie auf die Flüchtlingsströme aus Irak zurückzuführen ist. Nach Angaben des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen wird die gegenwärtige Zahl der Flüchtlinge weltweit auf 10 Millionen geschätzt, wobei die palästinensischen Flüchtlinge im Einsatzgebiet des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten nicht mit eingerechnet sind. Die Zahl der Binnenvertriebenen liegt derzeit bei 24,5 Millionen weltweit.

108. Seit Mitte 2006 wurden 227 Millionen Menschen von 406 Naturkatastrophen betroffen, die zudem wirtschaftliche Schäden in Höhe von 40,6 Milliarden Dollar verursachten. 85 Prozent aller verzeichneten Katastrophen waren wetterbedingte Katastrophen, die Millionen von Menschen in weiten Teilen Asiens und Afrikas heimsuchten, 18.411 Todesopfer forderten und wirtschaftliche Schäden in Höhe von über 29,4 Milliarden Dollar verursachten.

109. In der Zukunft muss mit immer mehr und immer heftigeren Naturkatastrophen gerechnet werden. Klimawandel, Verstädterung, steigende Bevölkerungsdichte und Vertreibung tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Vereinten Nationen und ihre Partner werden die betroffenen Staaten und Gemeinschaften weiterhin bei der Deckung ihres humanitären Bedarfs unterstützen.

110. Ein sicherer, ungehinderter Zugang humanitärer Helfer ist eine grundlegende Voraussetzung für humanitäre Einsätze. Leider haben sich seit Juni 2006 sowohl die Zugangsmöglichkeiten als auch die Sicherheitslage erheblich verschlechtert, was schwerwiegende Folgen für die Menschen hat, die zum Überleben auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. In den vergangenen 14 Monaten wurden 24 Helfer in Sri Lanka getötet – 21 im Jahr 2006 und 3 in der ersten Jahreshälfte 2007. Weitere 17 wurden in Darfur getötet. Mehr als 115 Fahrzeuge für humanitäre Einsätze wurden in diesem Zeitraum in Darfur überfallen. Tägliche Angriffe mit Tötlichkeiten, Raub und sonstiger Gewalt gegen Helfer schränkten die Erbringung humanitärer Hilfe weiter ein. Zeitweise waren nahezu eine Million Menschen in Darfur von jeglicher Hilfe abgeschnitten. Im größten Teil Iraks und in wichtigen Teilen Afghanistans, Somalias und des besetzten palästinensischen Gebiets war der Zugang humanitärer Organisationen ebenfalls stark eingeschränkt.

111. Die Anstrengungen zur Stärkung des humanitären Systems der Vereinten Nationen wurden an drei Fronten weitergeführt. Der im März 2006 eingerichtete und durch die Geber stark unterstützte Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer rascheren und besser vorhersehbaren Bereitstellung von Finanzmitteln bei schnell einsetzenden und vernachlässigten Krisen. Mitte August 2007 beliefen sich die Zusagen des Nothilfekordinators aus Mitteln des Fonds auf 471,6 Millionen Dollar für 557 dringende, lebensrettende Projekte in 50 Ländern. Der Schwerpunkt-

gruppen-Ansatz zur Verbesserung sektorspezifischer Führungskompetenz und Kapazität wurde in einem Dutzend humanitärer Notsituationen angewandt. Gleichzeitig wurden Ausbildungs- und andere Maßnahmen zur Stärkung des Systems der humanitären Koordinatoren ergriffen. Verstärktes Gewicht wurde in diesem Jahr ferner auf den Aufbau von Partnerschaften zwischen Einrichtungen der Vereinten Nationen, nichtstaatlichen Organisationen, sonstigen internationalen Organisationen und der Privatwirtschaft gelegt.

112. Der Bedarf an humanitärer Hilfe wird in den kommenden Jahren voraussichtlich zunehmen, ebenso die Herausforderungen, die mit der Bereitstellung dieser Hilfe verbunden sind. Ich habe alle Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Unterstützung für humanitäre Maßnahmen entsprechend zu verstärken. Die Vereinten Nationen und ihre Partner im humanitären Bereich sind entschlossen, den Regierungen bei der Vorbereitung auf diese Herausforderungen und ihrer Bewältigung zu helfen.

Kapitel V

Stärkung der Vereinten Nationen

113. Die Notwendigkeit einer Stärkung der Vereinten Nationen wird uns durch ein wachsendes Spektrum neuer Herausforderungen, darunter humanitäre Krisen, Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte sowie Gesundheits- und Umweltfragen, täglich vor Augen geführt. Selten waren die Vereinten Nationen aufgefordert, so viel für so viele zu tun. Ich bin entschlossen, die Vereinten Nationen mit neuem Leben zu erfüllen und das Vertrauen in eine gestärkte Organisation zu erneuern, die fest im 21. Jahrhundert verankert ist und ihre Aufgaben wirksam, effizient, kohärent und verantwortlich wahrnimmt.

Der zwischenstaatliche Apparat

114. Auf der einundsechzigsten Tagung der Generalversammlung war die Reform des Sicherheitsrats eine der am meisten debattierten Fragen. Die Präsidentin der Versammlung leitete mit Hilfe von sechs Moderatoren einen umfassenden Konsultationsprozess, in dessen Verlauf die Mitgliedstaaten alle Aspekte dieser wichtigen Angelegenheit prüfen konnten. Als Ergebnis dieses Prozesses legten die Moderatoren am 19. April und am 26. Juni 2007 der Präsidentin je einen Bericht vor. In beiden Berichten wurde die von den führenden Politikern der Welt im Ergebnisdokument des Weltgipfels 2005 bekundete Entschlossenheit bekräftigt, als festen Bestandteil des laufenden Reformprozesses der Vereinten Nationen eine Reform des Sicherheitsrats durchzuführen, und der Schluss gezogen, dass der Status quo für eine überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht annehmbar ist. Als wichtigste Empfehlung ist den Berichten zu entnehmen, dass die Mitgliedstaaten einen „intermediären Ansatz“ als Kompromisslösung erwägen, um den Prozess wieder in Bewegung zu bringen. Es ist wichtig, dass die Mitgliedstaaten sich in dieser bedeutenden und noch ungelösten Frage auf der Reformagenda weiter um einen Konsens bemühen.

115. Am 2. August 2007 verabschiedete die Generalversammlung im Konsens die Resolution 61/292 über die Neubelebung der Rolle und Autorität der Generalversammlung und die Verbesserung ihrer Leistung. Kernthema der Resolution ist die Notwendigkeit, frühere Resolutionen über eine Neubelebung der Generalversammlung durchzuführen. In dieser Hinsicht boten die während der einundsechzigsten Tagung abgehaltenen vier informellen Aussprachen zu den Themen „Partnerschaften auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele: Wo wir stehen, wohin wir gehen“, „Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen“, „Die Zivilisationen und die Herausforderung für den Frieden: Hindernisse und Chancen“ sowie „Der Klimawandel als globale Herausforderung“ den Mitgliedstaaten eine vorzügliche Gelegenheit, einige der drängendsten Probleme zu erörtern, mit denen die internationale Gemeinschaft konfrontiert ist. Ich werde den Mitgliedstaaten in ihrem Bemühen um eine weitere Stärkung der Tätigkeit der Versammlung auch in Zukunft jede erforderliche Unterstützung gewähren.

116. Während des Tagungsteils auf hoher Ebene seiner Fachtagung im Juli 2007 führte der Wirtschafts- und Sozialrat erfolgreich die erste jährliche ministerielle Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Entwicklungsziele und -zielvorgaben durch und leitete das Forum für Entwicklungszusammenarbeit ein, entsprechend dem auf dem Weltgipfel 2005 und in der Resolution 61/16 der Generalversammlung erteilten Mandat. Diese beiden neuen Mechanismen werden dazu beitragen, den Rat zu einer Plattform für mehr Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Koordinierung bei der Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwicklung zu machen. Während der diesjährigen Arbeitstagung des

Rates fand auch die erste Innovationsmesse statt, auf der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, Privatunternehmen und nichtstaatliche Organisationen ihre innovativen Ansätze und Projekte zur Beseitigung von Armut und Hunger vorstellten. Mit dem neu gestärkten Rat wird die Organisation besser in der Lage sein, wirksame Schritte zur Verwirklichung der weltweiten Entwicklungspartnerschaft zu unternehmen. Damit ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Umsetzung der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen erreicht.

Das Sekretariat

117. Auf dem Weltgipfel 2005 bekräftigten die Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit, die Vereinten Nationen zu stärken, um ihre Autorität und Effizienz zu steigern und sie besser für die erfolgreiche Bewältigung des gesamten Spektrums der Herausforderungen unserer Zeit zu rüsten. In späteren Resolutionen der Generalversammlung über die Reform der Vereinten Nationen haben die Mitgliedstaaten beständig großen Wert darauf gelegt, dass die Rechenschaftspflicht in der Organisation, einschließlich der Rechenschaftspflicht des Generalsekretärs gegenüber den Mitgliedstaaten, erhöht wird, um die Wirksamkeit und Effizienz der Durchführung der Mandate der beschlussfassenden Organe und des Einsatzes der personellen und finanziellen Ressourcen zu gewährleisten.

118. Die Mitgliedstaaten haben außerdem eine verbesserte Managementleistung gefordert, namentlich verbesserte Arbeitsabläufe, mehr Transparenz und Aufsicht sowie ein ethisches Verhalten der Bediensteten, das höchsten Maßstäben gerecht wird. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten den in der Charta enthaltenen Grundsatz bekräftigt, dass bei der Einstellung von Bediensteten ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Integrität ausschlaggebend sein muss, wobei der Grundsatz einer ausgewogenen geografischen Verteilung gebührend zu berücksichtigen ist.

119. Als ich meinen Amtseid leistete, bekannte ich mich klar zu meinem Engagement für die Stärkung der Fähigkeit der Organisation zur Erbringung einer effektiveren Leistung. Ferner bekräftigte ich nachdrücklich mein Bekenntnis zu einem transparenteren und stärker rechenschaftspflichtigen Sekretariat und zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Integrität. Darum legte ich Wert auf eine Stärkung unserer Fähigkeit zur Steuerung und Aufrechterhaltung von Friedenssicherungsmissionen. Darum gingen die Stellvertretende Generalsekretärin und ich auch mit gutem Beispiel voran und legten unsere Vermögensverhältnisse offen. Der gute Ruf der Vereinten Nationen beruht darauf, dass wir unserer Verpflichtung zur Einhaltung der höchsten ethischen Normen einzeln und gemeinsam nachkommen. Unter der Leitung des Ethikbüros sind wir entschlossen, neue Richtlinien und Ausbildungsinitiativen umzusetzen, um ein von einer Kultur der Ethik, Transparenz und Rechenschaftspflicht durchdrungenes Arbeitsumfeld zu fördern.

120. Ich bin entschlossen, den von den Mitgliedstaaten geforderten und von mir zur Priorität ernannten Rahmen für die Rechenschaftslegung zu stärken. Die Stellvertretende Generalsekretärin hat in meinem Namen begonnen, mit jedem meiner hochrangigen Manager über seine Leistungsvereinbarungen zu sprechen. Damit führt das Sekretariat erstmals einen Konsultationsprozess über diese Vereinbarungen. Ich sehe darin eine Gelegenheit für uns, eine neue, der Leistung verpflichtete Beziehung zu schaffen und Teamarbeit und gegenseitige Unterstützung herzustellen.

121. Ich bin dabei, das ganze Spektrum interner Instrumente, wie etwa den Beirat für Managementleistung und den Managementausschuss, die die Mitgliedstaaten als Mittel zur

Stärkung des Rahmens für die Rechenschaftslegung begrüßt haben, neu zu beleben. Diese Mechanismen sind ebenfalls gut dafür geeignet, das Bewusstsein, die Sensibilität und das Engagement des Managements in Bezug auf die Rechenschaftspflicht durchgängig zu erhöhen.

122. All dies sind maßgebliche Voraussetzungen, um sicherzustellen, dass den Empfehlungen der Aufsichtsorgane mit angemessenen institutionellen Maßnahmen Folge geleistet wird, und den Reformschwung auf kohärente und koordinierte Weise aufrechtzuerhalten. Letzteres wird in den kommenden Monaten von entscheidender Bedeutung sein, wenn wir die vorgeschlagenen Verbesserungen in den folgenden Bereichen in die Tat umsetzen wollen: interne Kontrollsysteme, Risikomanagement und Rahmen für die Rechenschaftslegung, Personalentwicklung in der Organisation durch verbesserte Mobilität, Ausbildung und Laufbahnförderung, ein neues System interner Rechtspflege, die Abstimmung des ERP-Systems und die Umstellung auf die neuen Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor, die den Übergang zu moderneren Geschäftsabläufen und -praktiken erleichtern und unter anderem auch die Qualität und Glaubhaftigkeit der Finanzberichte verbessern werden.

123. In ihrer Gesamtheit werden diese vorgeschlagenen Änderungen die Personalqualität in der Organisation, die Entscheidungsinstrumente des Managements sowie die Finanzkontrollen verbessern und eine präzisere und aktuellere Managementberichterstattung ermöglichen.

Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen

124. Ich messe einer Stärkung der Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit den Regionalorganisationen große Bedeutung bei und arbeite in Fragen, die von Frieden und Sicherheit über den Klimawandel bis hin zu den Millenniums-Entwicklungszielen reichen, eng mit ihnen zusammen. Wie meine Vorgänger bin auch ich uneingeschränkt dafür, Treffen auf hoher Ebene mit den Leitern der Regionalorganisationen abzuhalten. Sieben solcher Treffen haben seit 1994 stattgefunden. Gleichzeitig bewerte ich den Prozess neu, um für die Treffen neue Schwerpunkte zu setzen und ihren praktischen Wert zu erhöhen.

125. Ich arbeite weiter mit dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung daran, die Kooperation mit den Regionalorganisationen zu verbessern. Auf ihrer einundsechzigsten Tagung verabschiedete die Generalversammlung 21 Resolutionen, in denen sie zur Zusammenarbeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie in Entwicklungs-, Umwelt- und Abrüstungsfragen aufforderte. Die verschiedenen Hauptabteilungen des Sekretariats sind dabei, diese Mandate durchzuführen.

126. Nach seiner Aussprache über die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ersuchte der Sicherheitsrat im März 2007 in einer Erklärung seines Präsidenten (S/PRST/2007/7) zudem um einen Bericht mit konkreten Vorschlägen darüber, wie die Vereinten Nationen Abmachungen für die weitere Zusammenarbeit und Koordinierung mit Regionalorganisationen im Rahmen der Abmachungen nach Kapitel VIII der Charta besser unterstützen können. Die Ausarbeitung meines Berichts an den Rat erfolgt in enger Abstimmung mit den Regionalorganisationen.

Systemweite Kohärenz

127. Die Vereinten Nationen könnten deutlich mehr leisten, um sich ihrer Vision anzunähern und ihren Auftrag zu erfüllen. Die Arbeit der Organisation ist fragmentiert, vor allem auf der Landesebene, und auf globaler Ebene fehlt es ihr an Synergie. Nach meiner Überzeugung enthält der Bericht der Hocharangigen Gruppe für Kohärenz des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklung, der humanitären Hilfe und der Umwelt (siehe A/61/583) anregende und weitreichende Vorschläge zur Behebung dieser Mängel.

128. Im Rahmen der Bewertung der Vorschläge der Gruppe in meinem Bericht (A/61/836) brachte ich meine Unterstützung für den Grundsatz eines stärkeren und kohärenteren Systems der Vereinter Nationen zum Ausdruck. Ich befürworte die im Bericht der Gruppe enthaltenen Empfehlungen, deren Umsetzung die Organisation in die Lage versetzen wird, die Anstrengungen der einzelstaatlichen Regierungen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der anderen international vereinbarten Entwicklungsziele zu unterstützen. Ich erwähnte auch, dass wir die Empfehlungen der Gruppe fest in die umfassendere Reformagenda der Vereinten Nationen integrieren müssen, um die bestehenden Prozesse in vollem Umfang nutzen zu können.

129. Ich habe mich ausgiebig mit den Mitgliedstaaten und der Präsidentin der einundsechzigsten Tagung der Generalversammlung beraten, die einen Prozess zur Prüfung der Empfehlungen der Gruppe mit Unterstützung durch zwei Kovorsitzende, die Botschafter von Barbados und Luxemburg, eingeleitet hat. Die Konsensbildung im Hinblick auf einen Prozess, der zur Umsetzung der wesentlichen Empfehlungen der Gruppe führt, ist entscheidend für den Erfolg.

130. Auf halbem Wege zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um aus den Vereinten Nationen eine Organisation zu machen, die die Herausforderungen unserer Zeit besser bewältigen kann. Wie wir die Leistungsfähigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklung, der humanitären Hilfe und der Umwelt verbessern, wird auf Millionen von Männern, Frauen und Kindern weltweit, die zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse auf uns angewiesen sind, Auswirkungen haben.

131. Ich freue mich auf eine enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und zwischenstaatlichen Organen und werde die Umsetzung der Empfehlungen der Gruppe unterstützen. Wir müssen mit einer gemeinsamen Vision für ein kohärenteres System der Vereinten Nationen in die Zukunft gehen, das als Einheit agieren kann, um den Bedürfnissen und Erwartungen der Völker der Welt gerecht zu werden.

Kapitel VI

Globale Interessengruppen

132. Nichtstaatliche Akteure leisten in stetig wachsender Zahl und Vielfalt wichtige Beiträge im Bereich der internationalen Angelegenheiten. Im vergangenen Jahr ist die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor bei der Bewältigung der komplexen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, humanitären, menschenrechtsbezogenen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart weiter vorangeschritten. Die Vereinten Nationen müssen notwendigerweise eng mit der globalen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, da nichtstaatliche Organisationen für die Verwirklichung ihrer Ziele immer wichtiger werden. Wir können davon ausgehen, dass diese Zusammenarbeit weiter zunehmen und der Organisation einen flexiblen Ansatz abverlangen wird.

Stärkung der Verbindungen zur Zivilgesellschaft

133. Die Beziehungen der Vereinten Nationen zur Zivilgesellschaft sind ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit der Organisation und gewinnen weiter an Gewicht. Im vergangenen Jahr setzte das System der Vereinten Nationen auf vielfältige Weise und in vielen Themenbereichen, in Konferenzräumen wie auch im Feld, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fort.

134. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen zunehmend die Schlüsselrolle der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der Herausforderungen an, denen sich die internationale Gemeinschaft gegenüber sieht. Neben den drei interaktiven Anhörungen, die im vergangenen Jahr mit Vertretern der Zivilgesellschaft über Aids, über die am wenigsten entwickelten Länder sowie über Migration und Entwicklung stattfanden, beteiligte sich die Zivilgesellschaft auch an den informellen themenbezogenen Aussprachen, die von der Präsidentin der einundsechzigsten Tagung der Generalversammlung ausgerichtet wurden. Darüber hinaus wirkten zivilgesellschaftliche und nichtstaatliche Organisationen 2007 an der neu eingeführten jährlichen Überprüfung auf Ministerebene des Wirtschafts- und Sozialrats und an den Runden Tischen des Forums für Entwicklungszusammenarbeit im Juli mit und präsentierten ihre Initiativen und Erfahrungen im Kampf gegen Armut und Hunger auf der ersten Innovationsmesse während der Arbeitstagung des Wirtschafts- und Sozialrats. Auf der im Jahr 2006 abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten konnten sich Mitglieder nichtstaatlicher Organisationen aktiv am Überprüfungsprozess beteiligen, unter anderem indem sie während der Verhandlungen der Mitgliedstaaten ihre Standpunkte zum Ergebnisdokument darlegten.

135. 2006 verlieh der Ausschuss für nichtstaatliche Organisationen 155 nichtstaatlichen Organisationen Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat. Inzwischen ist die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Rat auf insgesamt 3.050 gestiegen. Auf dem siebenten Globalen Forum „Den Staat neu erfinden“, das die Vereinten Nationen Ende Juni 2007 in Wien veranstalteten, wurden die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert, die Beteiligung der Zivilgesellschaft als vollwertige Partnerin im Prozess der Regierungsführung zu fördern.

136. Die Zivilgesellschaft spielt eine maßgebliche Rolle bei den operativen Tätigkeiten vieler Institutionen der Vereinten Nationen vor Ort und verfügt über Kenntnisse, Erfahrung

gen und Zugangsmöglichkeiten, die die Vereinten Nationen nur schwer in gleichem Maß beitragen können. So stieg beispielsweise allein beim Welternährungsprogramm die Zahl zivilgesellschaftlicher Partner von 2.274 im Jahr 2005 auf 3.255 im Jahr 2006.

137. Das Büro der Vereinten Nationen für Partnerschaften dient als Portal für Organisationen der Zivilgesellschaft sowie für Unternehmen, Stiftungen und andere zum Aufbau von Partnerschaften, die globale internationale Ziele verfolgen. Das Büro bietet als Regelleistung Beratung im Hinblick auf Partnerschaften in vielen Bereichen, darunter biologische Vielfalt, Klimawandel, Bildung, Gesundheit, Telekommunikation, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Welterbe. Das Büro hat ferner die Lobbyarbeit unter der Leitung der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der menschlichen Sicherheit einschließlich Menschenhandel, der städtischen Armut, der geschlechtsspezifischen Gewalt und der Menschenrechte unterstützt.

138. Im ersten Monat meiner Amtszeit als Generalsekretär erklärte ich, dass die Entwicklungsbemühungen der Vereinten Nationen – sei es ihr Eintreten für ein umfassendes Anliegen oder die Förderung von Einzelzielen – ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft nicht wirklich vorankommen können. Wir müssen alle weiter dafür Sorge tragen, dass dieser wichtige Interessenträger auf globaler Ebene Gehör findet, und auf eine ausgewogenere regionale Vertretung internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen auf den Tagungen der Vereinten Nationen hinwirken.

Einbindung der Privatwirtschaft

139. Im gesamten System der Vereinten Nationen gewinnt die Einbindung der Privatwirtschaft weiter an Bedeutung. Diese Zusammenarbeit – in den Bereichen Philanthropie, Partnerschaftsprojekte und Anwendung universeller Werte in der Geschäftstätigkeit – wird im gesamten System zunehmend als wirksame Methode zur Förderung der vorrangigen Anliegen der Vereinten Nationen gesehen. Gemeinsame Ziele wie der Aufbau von Märkten, die Bekämpfung der Korruption, der Schutz der Umwelt und die Integration aller gesellschaftlichen Gruppen haben zu völlig neuen Partnerschaften und einer bislang nicht gekannten Offenheit geführt.

140. Im vergangenen Jahr hat das Engagement der Vereinten Nationen mit der Privatwirtschaft im Rahmen des Globalen Paktes der Vereinten Nationen und des Gipfels von Führungspersonlichkeiten des Globalen Paktes eine neue Dimension erreicht. Der im Juli 2007 im Büro der Vereinten Nationen in Genf abgehaltene Gipfel, dessen Vorsitz zu führen ich die Ehre hatte und auf dem 1.000 Führungspersonlichkeiten aus allen Sektoren zusammenkamen, machte deutlich, dass die Ausrichtung der Geschäftspraxis an universellen Prinzipien ein Erfolgsrezept ist. Von dem Gipfel gingen neue Impulse für gemeinsame praktische Initiativen der Vereinten Nationen und der Privatwirtschaft aus, deren Schwerpunkte in Bereichen wie Entwicklung, Bildung, Finanzmärkte und Wasserversorgung liegen. Letzten Endes stützte der Gipfel das Argument für ein Zusammenwirken des gesamten Systems der Vereinten Nationen und der Privatwirtschaft auch insofern, als er zeigte, dass unternehmerische Verantwortung und sektorübergreifende Kooperation in hohem Maß zur Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen beitragen können.

141. Die Verbesserung der Fähigkeit der Vereinten Nationen, in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft zu handeln, bleibt ein wichtiges Betätigungsfeld. Obwohl im vergangenen Jahr deutliche Fortschritte erzielt wurden, gilt es noch einige Herausforderungen zu bewältigen, darunter im Hinblick auf einen effektiven Erfahrungsaustausch im gesamten System und die Stärkung der personellen Kapazitäten für die Beziehungen zur Privatwirtschaft.

Die Vereinten Nationen müssen weiter erkunden, wie sie die Einbindung der Privatwirtschaft maximieren und dabei gleichzeitig die Integrität der Organisation wahren und ihre Rechenschaftsstrukturen verbessern können.

Kapitel VII

Fazit

142. Wie aus diesem Bericht deutlich hervorgeht, befassen sich die Vereinten Nationen heute in allen Teilen der Welt mit einer Vielzahl drängender globaler Fragen. Dieses anhaltende Engagement zeigt, wie weit und wie tief unsere Verpflichtung zur Schaffung einer sichereren, gerechteren und wohlhabenderen Welt reicht. Außerdem wird daraus klar ersichtlich, wie notwendig ein wirksamer Multilateralismus ist und welche Hoffnungen damit verknüpft sind.

143. Im kommenden Jahr ist eine anhaltend hohe Nachfrage nach den vielen Leistungen zu erwarten, die die Vereinten Nationen erbringen. Unter den vielen Herausforderungen, denen wir uns bereits seit langem gegenübersehen, ist die Armut diejenige, von der die größte Zahl von Männern, Frauen und Kindern betroffen ist. Wir leben in Zeiten beispiellosen Wohlstands und weit verbreiteter Not. Darum ist es in diesem kommenden Jahr, auf halber Strecke zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, so außerordentlich wichtig, dass wir mit neuer Konzentration und neuer Kraft darauf hinarbeiten, diese Ziele tatsächlich bis 2015 für alle Menschen Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Gebiet, auf dem weltweit besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, ist die Gesundheit. Da die Notwendigkeit der globalen Gesundheitssicherung immer deutlicher geworden und inzwischen allgemein anerkannt ist, sind in den letzten Jahren neue Akteure in Erscheinung getreten und haben neue Geldquellen zu sprudeln begonnen; dennoch gibt es nach wie vor erhebliche Koordinierungsprobleme, und es muss noch mehr getan werden, um die Gesundheitssysteme zu verbessern.

144. Auch einer Stärkung der Friedensmissionen muss im kommenden Jahr hoher Stellenwert zukommen. Wir müssen nicht nur die Reformen zur stärkeren Unterstützung der Feldeinsätze konsequent durchführen und vertiefen, sondern auch die vorhandene Dynamik auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung nutzen und uns verstärkt darum bemühen, Konflikte von vornherein zu verhüten.

145. Wir haben im kommenden Jahr außerdem die Gelegenheit, die Fortschritte bei der Terrorismusbekämpfung zu konsolidieren, indem wir die von der Generalversammlung 2006 beschlossene wegweisende Weltweite Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus zügig umsetzen.

146. Auf dem Gebiet der Abrüstung stehen wir vor einer grundlegenden Herausforderung. Wir müssen erste Schritte unternehmen, um den seit einigen Jahren herrschenden Stillstand bei den wichtigen Abrüstungsforen und -übereinkünften zu überwinden.

147. Die Bedrohung durch Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit belastet nach wie vor die Seele der Menschheit. Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr Fortschritte bei der Verwirklichung der von den politischen Führern auf dem Weltgipfel 2005 getroffenen historischen Vereinbarung betreffend die Verpflichtung, Schutz zu gewähren, erzielen können.

148. Die Vereinten Nationen stellen sich den globalen Herausforderungen, die keine Regierung alleine bewältigen kann, und müssen dies auch weiterhin tun. Keine Herausforderung ist so akut wie der Klimawandel. Das kommende Jahr wird entscheidend dafür sein, welchen Kurs wir zur Bewältigung dieser existenziellen Herausforderung einschlagen. Wir dürfen diese Chance nicht verspielen. Die Probleme, mit denen die internationale Gemeinschaft konfrontiert ist, sind immens, aber nicht unüberwindbar. Fest steht allerdings, dass gemeinsame Anstrengungen vieler Akteure, einschließlich der Mitgliedstaaten, der Zivil-

gesellschaft und des Privatsektors, notwendig sind, um Lösungen für unsere gemeinsamen globalen Probleme zu finden.

149. Die Welt braucht heute mehr denn je eine erneuerte, neu belebte und reaktionsfähigere Weltorganisation. Die Vereinten Nationen müssen in der Lage sein, auf die Herausforderungen unserer sich ständig wandelnden Welt schnell und wirksam zu reagieren. Wir müssen die Kluft zwischen Rhetorik und Realität überwinden. Das werden wir nur erreichen, wenn wir uns im kommenden Jahr auf grundlegende Reformen einigen, um die Personalqualität der Organisation zu verbessern, die Rechenschaftspflicht zu stärken, die Managementleistung zu erhöhen und modernere Geschäftsprozesse und -praktiken einzuführen.

150. Als Generalsekretär werde ich alles tun, was in meiner Macht steht, damit der feierlichen Pflicht der Vereinten Nationen, die in ihrer Charta festgeschriebenen Ziele zu verfolgen, in jeder Hinsicht entsprochen wird. Trachten wir alle danach, aus den Vereinten Nationen eine Organisation zu machen, die den tiefsten Bedürfnissen und höchsten Bestrebungen der Welt besser gerecht wird.

Anhang I

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2007: statistische Tabellen

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar beträgt

Indikator 1

Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag^{a,b}

(Prozent)

	1990	1999	2004
Entwicklungsregionen	31,6	23,4	19,2
Nordafrika	2,6	2,0	1,4
Afrika südlich der Sahara	46,8	45,9	41,1
Lateinamerika und Karibik	10,3	9,6	8,7
Ostasien	33,0	17,8	9,9
Südasien	41,1	33,4	29,5
Südostasien	20,8	8,9	6,8
Westasien	1,6	2,5	3,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,5	5,5	0,6
Transformationsländer Südosteuropas	<0,1	1,3	0,7

^a Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

^b Schätzungen der Weltbank (April 2007).

Indikator 2

Armutslücken-Verhältnis^a

(Prozent)

	1990	2004
Entwicklungsregionen	9,3	5,4
Nordafrika	0,5	0,2
Afrika südlich der Sahara	19,5	17,5
Lateinamerika und Karibik	3,5	3,0
Ostasien	8,9	2,1
Südasien	11,0	6,7
Südostasien	5,1	1,5
Westasien	0,4	0,9

	1990	2004
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,1	0,1
Transformationsländer Südosteuropas	-	0,2

^a Misst das Ausmaß der Armut. Es wird als Prozentwert der Armutsgrenze ausgedrückt und errechnet, indem man den Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen mit der Differenz zwischen der Armutsgrenze und dem Durchschnittseinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen multipliziert. Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

Indikator 3

Anteil des ärmsten Fünftels am nationalen Konsum^a

(Prozent)

	1990	2004
Entwicklungsregionen	4,6	3,9
Nordafrika	6,2	6,3
Afrika südlich der Sahara	3,4	3,4
Lateinamerika und Karibik	2,8	2,7
Ostasien	7,1	4,5
Südasien	7,2	6,7
Südostasien	6,2	6,1
Westasien	5,9	5,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	7,9	6,2
Transformationsländer Südosteuropas	8,3	7,8

^a Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

Zielvorgabe 2

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Indikator 4

Anteil der untergewichtigen Kinder unter 5 Jahren

a) Insgesamt

(Prozent)

	1990	2005
Entwicklungsregionen	33	27
Nordafrika	10	8
Afrika südlich der Sahara	33	29
Lateinamerika und Karibik	11	7
Ostasien	19	7
Südasien	53	46
Südostasien	39	28
Westasien	11	7
Ozeanien	-	-

b) Nach Geschlecht (1996-2005)

(Prozent)

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>	<i>Jungen/Mädchen</i>
Entwicklungsregionen	27	28	0,96
Nordafrika	8	7	1,14
Afrika südlich der Sahara	29	27	1,07
Lateinamerika und Karibik	8	8	1,00
Ostasien	10	11	0,91
Südasiens	43	46	0,93
Südostasien	28	28	1,00
Westasien	14	14	1,00
Ozeanien	-	-	-

Indikator 5

Bevölkerung, bei der die Kalorienzufuhr unter der notwendigen Mindestmenge liegt

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2006 entnommen.)

(Prozent)

	<i>1990-1992</i>	<i>2001-2003</i>
Entwicklungsregionen	20	17
Nordafrika	4	4
Afrika südlich der Sahara	33	31
Lateinamerika und Karibik	13	10
Ostasien	16	12
Südasiens	25	21
Südostasien	18	12
Westasien	6	9
Ozeanien	15	12
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	7 ^a	7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	16 ^a	20
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	4 ^a	3
Entwickelte Regionen	<2,5 ^a	<2,5
Am wenigsten entwickelte Länder	22	19
Binnenentwicklungsländer	38	36
Kleine Inselentwicklungsländer	23	19

^a Die Daten beziehen sich auf 1993-1995.

Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Zielvorgabe 3

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Indikator 6

Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich

a) Insgesamt

(In der Grund- und Sekundarstufe eingeschulte Kinder je 100 Kinder im Einschulungsalter)

	1990/91	1998/99	2004/05
Welt	82,5	85,0	88,8
Entwicklungsregionen	80,2	83,5	87,9
Nordafrika	82,0	89,9	95,3
Afrika südlich der Sahara	53,7	57,4	70,4
Lateinamerika und Karibik	86,8	93,8	96,7
Ostasien	98,6	99,0	94,9
Südasien	74,5	81,3	90,0
Südostasien	93,8	91,8	93,8
Westasien	80,8	84,9	86,4
Ozeanien	74,6	80,6	78,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	90,3	87,1	91,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	88,6	93,0	94,0
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	91,1	82,8	89,6
Entwickelte Regionen	97,3	97,3	96,6
Am wenigsten entwickelte Länder	53,0	59,2	73,6
Binnenentwicklungsländer	52,8	62,1	72,9
Kleine Inselentwicklungsländer	68,3	82,8	82,3

b) nach Geschlecht

(In der Grund- und Sekundarstufe eingeschulte Kinder je 100 Kinder im Einschulungsalter)

	1990/91		1998/99		2004/05	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Welt	87,8	77,0	88,0	82,0	90,6	87,0
Entwicklungsregionen	86,5	73,8	86,8	79,9	89,9	85,7
Nordafrika	89,0	74,7	93,0	86,6	97,4	93,2
Afrika südlich der Sahara	57,6	49,9	60,5	54,3	73,1	67,5
Lateinamerika und Karibik	87,6	86,5	94,4	93,2	96,6	96,7
Ostasien	100,5	96,6	98,2	99,8	94,9	94,9
Südasien	89,2	58,8	88,7	73,3	93,4	86,4
Südostasien	96,1	92,1	93,6	90,0	95,0	92,7

	1990/91		1998/99		2004/05	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Westasien	87,4	73,7	89,5	80,2	89,6	83,0
Ozeanien	78,2	70,6	82,7	78,3	82,1	74,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	90,6	90,1	87,6	86,6	91,7	91,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	88,9	88,3	93,5	92,5	94,4	93,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	91,3	90,9	83,3	82,2	89,3	89,8
Entwickelte Regionen	97,2	97,4	97,3	97,2	96,3	96,8
Am wenigsten entwickelte Länder	58,6	47,2	62,9	55,4	76,4	70,6
Binnenentwicklungsländer	57,1	48,4	66,4	57,7	75,7	70,1
Kleine Inselentwicklungsländer	64,4	72,3	83,5	82,0	83,8	80,7

Indikator 7a

Anteil der Grundschulanfänger, die die letzte Klassenstufe der Grundschule erreichen
(Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.)

Indikator 7b

Grundschulabschlussquote^a

	1998/99			2004/05		
	Gesamt	Jungen	Mädchen	Gesamt	Jungen	Mädchen
Welt	82,8	85,8	79,7	87,6	89,8	85,1
Entwicklungsregionen	80,4	84,0	76,7	86,0	88,6	83,4
Nordafrika	86,4	90,2	82,5	93,9	96,7	91,1
Afrika südlich der Sahara	50,7	55,1	46,2	60,8	65,9	55,6
Lateinamerika und Karibik	96,2	95,7	96,7	98,5	97,5	99,5
Ostasien	101,8	101,6	102,0	100,1	100,3	99,8
Südostasien	71,2	78,5	63,4	84,1	87,9	80,0
Südostasien	88,2	89,1	87,3	94,0	93,8	94,3
Westasien	80,7	86,8	74,2	85,1	90,2	79,8
Ozeanien	64,5	65,2	63,7	61,4	64,8	57,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	93,3	93,8	92,8	97,1	97,4	96,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	97,7	98,3	97,2	101,6	102,2	100,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	90,9	91,3	90,5	93,8	93,8	93,7
Entwickelte Regionen	98,7	98,1	99,3	97,7	98,7	96,7
Am wenigsten entwickelte Länder	48,7	53,2	44,0	56,8	60,9	52,6
Binnenentwicklungsländer	55,3	61,5	49,0	62,0	66,7	57,2
Kleine Inselentwicklungsländer	73,5	73,2	73,9	76,0	76,3	75,7

^a Berechnet aus der Brutto-Aufnahmekquote in die letzte Klassenstufe der Grundschule wie folgt: Gesamtzahl der Neuaufnahmen in die letzte Klassenstufe der Grundschule, ungeachtet des Lebensalters, ausgedrückt als Prozentsatz der Population im theoretischen Eintrittsalter in die letzte Klassenstufe; *Global Education Digest 2004: Comparing Education Statistics Across the World*, Statistisches Institut der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Indikator 8
Alphabetisierungsquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern^a

(Lese- und Schreibkundige (Prozent))

	1984-1994			1995-2004		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Welt	83,5	87,8	79,2	87,4	90,3	84,4
Entwicklungsregionen	80,2	85,4	75,0	85,0	88,5	81,4
Nordafrika	66,7	76,7	56,3	84,3	89,9	78,4
Afrika südlich der Sahara	64,4	71,0	58,4	67,8	72,2	63,8
Lateinamerika und Karibik	93,7	93,3	94,2	96,0	95,6	96,5
Ostasien	94,5	97,1	91,8	98,9	99,2	98,5
Südasien	60,7	71,6	49,1	74,6	82,1	66,6
Südostasien	94,9	95,9	93,9	96,2	96,4	96,0
Westasien	88,5	93,8	82,9	91,8	95,5	88,0
Ozeanien	73,0	75,3	70,6	72,8	74,9	70,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99,7	99,7	99,6	99,7	99,7	99,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	99,7	99,7	99,7	99,8	99,8	99,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99,6	99,7	99,6	99,7	99,7	99,8
Entwickelte Regionen	98,7	99,4	99,4	99,4	99,4	99,4
Am wenigsten entwickelte Länder	56,3	64,0	49,1	62,3	67,9	57,1
Binnenentwicklungsländer	60,3	66,4	54,8	63,6	67,5	60,2
Kleine Inselentwicklungsländer	85,7	86,0	85,4	86,5	86,4	86,6

^a Die regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus einem gewichteten Durchschnittswert des zuletzt verfügbaren beobachteten Datenpunkts für jedes Land oder Hoheitsgebiet im Bezugszeitraum. Für Länder, für die keine Daten vorliegen, wurden Schätzungen des Statistischen Instituts der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur herangezogen.

Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau

Zielvorgabe 4 Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Indikator 9
Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund-, Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich

(Brutto-Einschulungsquote)

a) **Grundstufe**

	1991	1999	2005
Welt	0,89	0,92	0,95

	1991	1999	2005
Entwicklungsregionen	0,87	0,91	0,94
Nordafrika	0,82	0,90	0,93
Afrika südlich der Sahara	0,84	0,86	0,89
Lateinamerika und Karibik	0,97	0,97	0,96
Ostasien	0,93	1,01	0,99
Südasien	0,76	0,82	0,93
Südostasien	0,96	0,96	0,97
Westasien	0,83	0,87	0,91
Ozeanien	0,92	0,95	0,91
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,99	0,99	0,99
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,99	0,99	0,99
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,00	0,99	1,00
Entwickelte Regionen	0,99	1,00	0,99
Am wenigsten entwickelte Länder	0,79	0,85	0,89
Binnenentwicklungsländer	0,82	0,83	0,89
Kleine Inselentwicklungsländer	0,96	0,96	0,95

b) Sekundarstufe

	1999	2005
Welt	0,91	0,94
Entwicklungsregionen	0,89	0,93
Nordafrika	0,93	0,97
Afrika südlich der Sahara	0,82	0,80
Lateinamerika und Karibik	1,07	1,08
Ostasien	0,95	1,00
Südasien	0,74	0,83
Südostasien	0,97	1,01
Westasien	0,81	0,84
Ozeanien	0,94	0,92
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	0,99	0,97
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,96	0,95
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,00	0,97
Entwickelte Regionen	1,00	1,00
Am wenigsten entwickelte Länder	0,77	0,81
Binnenentwicklungsländer	0,81	0,82
Kleine Inselentwicklungsländer	1,06	1,04

c) **tertiärer Bildungsbereich**

	1999	2005
Welt	0,96	1,05
Entwicklungsregionen	0,78	0,91
Nordafrika	0,69	1,02
Afrika südlich der Sahara	0,69	0,63
Lateinamerika und Karibik	1,12	1,17
Ostasien	0,55	0,90
Südasien	0,63	0,74
Südostasien	0,92	0,99
Westasien	0,82	0,89
Ozeanien	0,69	0,90
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,20	1,29
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	0,89	1,05
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	1,27	1,33
Entwickelte Regionen	1,19	1,28
Am wenigsten entwickelte Länder	0,57	0,63
Binnenentwicklungsländer	0,74	0,85
Kleine Inselentwicklungsländer	1,21	1,60

Indikator 10

Verhältnis der Alphabetenquote bei Frauen zur Alphabetenquote bei Männern in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

Indikator 11

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor

(Prozent)

	1990	1995	2000	2005
Welt	35,6	36,7	37,8	38,9
Nordafrika	19,8	19,8	18,6	20,1
Afrika südlich der Sahara	28,0	29,1	30,3	31,6
Lateinamerika und Karibik	37,2	38,6	40,4	42,1
Ostasien	37,8	38,8	39,5	40,5
Südasien	13,1	14,9	16,7	18,1
Südostasien	37,5	37,0	38,6	38,7
Westasien	16,3	17,9	19,4	21,2
Ozeanien	28,5	31,7	35,2	37,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	48,8	49,3	50,2	51,2
Entwickelte Regionen	43,5	44,8	45,7	46,6

Indikator 12

Von Frauen eingenommene Sitze in nationalen Parlamenten^a

(Prozent)

	1990	1997	2002	2007 ^b
Welt	12,8	11,4	13,8	17,1
Entwicklungsregionen	10,4	10,1	12,1	15,7
Nordafrika	2,6	1,8	2,2	8,1
Afrika südlich der Sahara	7,2	9,0	12,0	16,6
Lateinamerika und Karibik	11,9	12,4	15,7	20,5
Ostasien	20,2	19,3	20,2	19,5
Südasien	5,7	5,9	4,9	13,0
Südostasien	10,4	10,8	13,9	16,7
Westasien	4,6	3,0	5,2	7,9
Ozeanien	1,2	1,6	2,4	2,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-	6,2	8,6	11,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	-	7,0	8,8	10,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	-	5,4	8,4	12,4
Entwickelte Regionen	16,3	15,6	19,1	21,8
Am wenigsten entwickelte Länder	7,3	7,3	10,4	16,2
Binnenentwicklungsländer	14,0	6,6	10,7	17,5
Kleine Inselentwicklungsländer	15,2	11,3	14,2	19,1

^a Nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser.

^b Stand: 31. Januar 2007.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 5

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel senken

Indikator 13

Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren

(je 1.000 Lebendgeburten)

	1990	2005
Welt	95	76
Entwicklungsregionen	106	83
Nordafrika	88	35
Afrika südlich der Sahara	185	166
Lateinamerika und Karibik	54	31
Ostasien	48	27
Südasien	126	82

	1990	2005
Südostasien	78	41
Westasien	68	55
Ozeanien	80	63
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	49	40
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	81	72
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	27	17
Entwickelte Regionen	12	6
Transformationsländer Südosteuropas	29	17

Indikator 14

Säuglingssterblichkeitsrate^a

(je 1.000 Lebendgeburten)

	1990	2005
Welt	65	52
Entwicklungsregionen	71	57
Nordafrika	66	30
Afrika südlich der Sahara	110	99
Lateinamerika und Karibik	43	26
Ostasien	37	23
Südasien	87	62
Südostasien	53	31
Westasien	53	45
Ozeanien	59	47
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	39	33
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	67	60
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	21	14
Entwickelte Regionen	10	5
Transformationsländer Südosteuropas	25	14

^a Unter 1 Jahr.

Indikator 15

Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft wurden^a

(Prozent)

	1990	2005
Welt	73	77
Entwicklungsregionen	71	75
Nordafrika	85	95
Afrika südlich der Sahara	57	64
Lateinamerika und Karibik	76	92
Ostasien ^b	98	87
Südasien	57	65

	1990	2005
Südostasien	72	80
Westasien	80	91
Ozeanien	70	63
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	85	98
Entwickelte Regionen	84	93
Transformationsländer Südosteuropas	93	96

^a Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben.

^b Der verzeichnete Rückgang ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass in China zwischen 1990 und 2005 unterschiedliche Methoden zur Ermittlung des Anteils der geimpften Kinder verwendet wurden.

Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 6 Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Indikator 16 Müttersterblichkeitsrate^a

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2005 entnommen.)

	2000
Welt	400
Entwicklungsregionen	450
Nordafrika	130
Afrika südlich der Sahara	920
Lateinamerika und Karibik	190
Ostasien	55
Südasien	540
Südostasien	210
Westasien	190
Ozeanien	240
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	68
Entwickelte Regionen	14

^a Sterbefälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten.

Indikator 17 Anteil der Geburten, die von medizinischem Fachpersonal betreut werden

(Prozent)

	1990	2005
Welt	47	59
Entwicklungsregionen	43	57

	1990	2005
Nordafrika	40	75
Afrika südlich der Sahara	42	45
Lateinamerika und Karibik	72	89
Ostasien	51	83
Südasiens	30	38
Südostasien	38	68
Westasien	60	66
Ozeanien	-	-
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	99	98
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	97	93
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	99	99
Entwickelte Regionen	-	-
Transformationsländer Südosteuropas	96	98

Indikator 19c^a**Verwendungsrate von Verhütungsmitteln^b**

(Prozent)

	1990	2005
Welt	54,6	63,5
Entwicklungsregionen	52,0	62,7
Nordafrika	41,7	59,1
Afrika südlich der Sahara	12,3	21,3
Lateinamerika und Karibik	62,4	71,5
Ostasien	77,9	89,4
Südasiens	40,2	54,0
Südostasien	47,0	59,7
Westasien	50,1	49,7
Ozeanien	-	-
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-	-
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	50,4	60,5
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	62,7	63,3
Entwickelte Regionen	69,8	68,4

^a Dieser Indikator wurde auf Grund einer von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele im März 2007 getroffenen Vereinbarung von Ziel 6 auf Ziel 5 übertragen.

^b Verwendung von Verhütungsmitteln bei 15- bis 49-jährigen Frauen, die verheiratet sind oder in einer Partnerschaft leben.

Ziel 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 7 Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Indikator 18 HIV-Prävalenz

(Prozent)

	1990		2002		2006	
	Schätzwert für Erwachsene (älter 15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben	Schätzwert für Erwachsene (älter 15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben	Schätzwert für Erwachsene (älter 15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben
Entwicklungsregionen	0,3	47	1,1	50	1,1	50
Nordafrika	<0,1	<0,1	<0,1	18	0,1	23
Afrika südlich der Sahara	2,0	54	5,9	58	5,7	59
Lateinamerika und Karibik	0,2	26	0,5	32	0,6	33
Ostasien	<0,1	15	0,1	22	0,1	28
Südostasien	0,1	21	0,6	27	0,7	28
Südostasien	0,1	13	0,4	33	0,5	33
Westasien	<0,1	<0,1	<0,1	16	0,1	20
Ozeanien	<0,1	23	1,2	55	1,6	59
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	<0,1	^a	0,1	^a	0,2	25
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	<0,1	19	0,9	30	1,3	31
Entwickelte Regionen	<0,1	16	0,5	30	0,7	30

^a Da die Aids-Epidemie erst seit wenigen Jahren in dieser Region in Erscheinung tritt, liegen keine Angaben für frühere Jahre vor.

Indikator 19a Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr (1999-2005)^a

	Frauen		Männer	
	Zahl der erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten	Zahl der erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten
Afrika südlich der Sahara	24	28	24	43
Südostasien	1	51	1	59
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	-	-	3	54

^a Prozentsatz der 15- bis 24-jährigen Frauen und Männer, die berichten, beim Geschlechtsverkehr mit einem nicht-regelmäßigen Sexualpartner innerhalb der letzten 12 Monate ein Kondom verwendet zu haben, unter denjenigen, die in den letzten 12 Monaten einen solchen Partner hatten. Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Indikator 19b

15- bis 24-Jährige mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids (1999-2005)^a

	Frauen		Männer	
	Zahl der erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten	Zahl der erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten
Afrika südlich der Sahara	35	24	20	31
Südasien	1	21	1	17
Südostasien	3	18	-	-
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	5	6	-	-

^a Prozentsatz der jungen Frauen und Männer, die die beiden wichtigsten Wege zur Verhütung der sexuellen Übertragung des HIV richtig benennen (Kondomverwendung und Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf einen treuen, nicht infizierten Partner), zwei verbreitete örtliche Fehlvorstellungen ablehnen und wissen, dass eine gesund wirkende Person das HI-Virus übertragen kann. Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Indikator 20

Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisenkindern (im Alter von 10-14 Jahren) zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen (1995-2005)^a

	Zahl der Länder mit Daten	Verhältnis der Schulbesuchsquote
Afrika südlich der Sahara	37	0,84

^a Verhältnis der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern, deren biologische Eltern verstorben sind, zu der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern, deren Eltern beide noch leben und die derzeit bei mindestens einem biologischen Elternteil leben. Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Zielvorgabe 8**Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren**

Indikator 21

Malariainzidenz und Malariasterblichkeit

(Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.)

Indikator 22

Kinder unter 5 Jahren, die unter insektizidbehandelten Moskitonetzen schlafen, und Kinder unter 5 Jahren mit Fieber, die mit geeigneten Medikamenten gegen Malaria behandelt werden

- a) **Prozentsatz der Kinder unter 5 Jahren, die unter insektizidbehandelten Moskitonetzen schlafen (1996-2006)**

Afrika südlich der Sahara (35 Länder)	5
Südostasien (4 Länder)	4

b) Prozentsatz der Kinder unter 5 Jahren mit Fieber, die mit Medikamenten gegen Malaria behandelt werden (2000-2006)

Entwickelte Regionen (46 Länder)	22
Afrika südlich der Sahara (36 Länder)	40
Südasien (1 Land: Indien)	12
Südostasien (5 Länder)	2

Indikator 23

Tuberkuloseinzidenz, -prävalenz und -sterblichkeit (je 100.000 Personen)^a

a) Inzidenz (Zahl neuer Fälle)

	1990	2000	2005
Welt	121	127	127
Entwicklungsregionen	148	150	149
Nordafrika	54	50	44
Afrika südlich der Sahara	148	253	281
Lateinamerika und Karibik	100	68	57
Ostasien	116	106	101
Südasien	171	165	162
Südostasien	272	231	215
Westasien	54	44	39
Ozeanien	201	186	179
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	51	111	109
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	60	104	116
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	48	113	107
Entwickelte Regionen	26	19	16
Transformationsländer Südosteuropas	61	84	79

b) Prävalenz (Zahl der bestehenden Fälle)

	1990	2000	2005
Welt	292	265	213
Entwicklungsregionen	367	321	255
Nordafrika	59	53	44
Afrika südlich der Sahara	331	482	490
Lateinamerika und Karibik	156	98	76
Ostasien	319	267	204
Südasien	531	427	290
Südostasien	485	337	274
Westasien	92	63	56
Ozeanien	590	457	341
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	83	163	137

	1990	2000	2005
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	100	139	140
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	78	171	136
Entwickelte Regionen	31	22	16
Transformationsländer Südosteuropas	102	123	88

c) Sterbefälle

	1990	2000	2005
Welt	27	26	21
Entwicklungsregionen	34	31	25
Nordafrika	5	4	3
Afrika südlich der Sahara	37	54	55
Lateinamerika und Karibik	15	10	8
Ostasien	24	20	15
Südasien	44	40	29
Südostasien	66	46	33
Westasien	8	6	6
Ozeanien	52	41	32
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	9	18	17
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	10	15	17
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	9	19	17
Entwickelte Regionen	3	2	2
Transformationsländer Südosteuropas	9	11	11

^a HIV-Infizierte nicht eingeschlossen.

Indikator 24

Im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (Directly Observed Therapy Short Course – DOTS) entdeckte und geheilte Tuberkulosefälle

a) Im Rahmen der DOTS entdeckte neue Fälle

(entdeckte abstrichpositive Fälle (Prozent))

	2000	2005
Welt	28	60
Entwicklungsregionen	29	61
Nordafrika	84	92
Afrika südlich der Sahara	36	49
Lateinamerika und Karibik	43	64
Ostasien	30	78
Südasien	15	58
Südostasien	39	73
Westasien	34	31
Ozeanien	12	26

	2000	2005
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	11	32
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	36	51
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	3	25
Entwickelte Regionen	22	55
Transformationsländer Südosteuropas	13	81

b) Im Rahmen der DOTS erfolgreich behandelte Fälle

(Prozent)

	2000	2004
Welt	82	84
Entwicklungsregionen	82	84
Nordafrika	88	84
Afrika südlich der Sahara	72	74
Lateinamerika und Karibik	81	82
Ostasien	94	93
Südasien	83	86
Südostasien	86	87
Westasien	80	83
Ozeanien	76	73
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	76	70
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	78	75
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	68	62
Entwickelte Regionen	76	68
Transformationsländer Südosteuropas	85	83

Ziel 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 9

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Indikator 25

Anteil der Flächen mit Waldbedeckung

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2006 entnommen.)

(Prozent)

	1990	2000	2005
Welt	31,3	30,6	30,3
Nordafrika	1,3	1,5	1,5
Afrika südlich der Sahara	29,2	27,3	26,5

	1990	2000	2005
Lateinamerika und Karibik	49,9	47,2	46,0
Karibik	23,4	24,9	26,1
Lateinamerika	50,3	47,5	46,3
Ostasien	16,5	18,1	19,8
Südasien	14,0	14,3	14,2
Südostasien	56,3	49,9	46,8
Westasien	3,3	3,4	3,5
Ozeanien	68,3	65,0	63,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	38,6	38,7	38,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	3,9	3,9	3,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	46,6	46,7	46,7
Entwickelte Regionen	30,4	30,7	30,8

Indikator 26

Anteil der Land- und Meeresschutzgebiete^a

(Schutzgebiete in Prozent der Gesamtfläche)

	1990	2000	2006	Gesamt ^b
Welt	6,4	8,7	9,4	11,6
Entwicklungsregionen	6,9	9,7	10,4	14,4
Nordafrika	2,6	3,4	3,8	4,1
Afrika südlich der Sahara	8,6	9,1	9,4	12,9
Lateinamerika und Karibik	9,2	13,3	14,5	21,2
Ostasien	7,2	10,2	11,2	16,5
Südasien	4,6	5,4	5,7	5,9
Südostasien	4,2	7,1	7,9	11,0
Westasien ^c	3,8	18,1	18,2	18,3
Ozeanien	0,5	1,2	1,3	3,7
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1,8	3,1	3,1	11,9
Entwickelte Regionen	10,0	12,3	13,8	15,1
Am wenigsten entwickelte Länder	7,5	8,4	8,5	11,0
Binnenentwicklungsländer	8,3	10,9	11,0	12,3
Kleine Inselentwicklungsländer	3,4	15,2	15,3	17,3

^a Die Verhältnisangaben wurden mit neuen Daten zur Gesamtfläche errechnet und sind daher nicht mit den Angaben in früheren statistischen Anhängen vergleichbar.

^b Enthält erklärte Schutzgebiete mit unbekanntem Jahr der Errichtung bis einschließlich 2006.

^c Die Zunahme der Zahlen für die Jahre 2000 und 2006 ist auf die Errichtung eines neuen großen Schutzgebiets in Saudi-Arabien im Jahr 1994 zurückzuführen.

Indikator 27

Energieverbrauch je 1.000 Dollar Bruttoinlandsprodukt (Kaufkraftparität)

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

Indikator 28
Kohlendioxidemissionen und Verbrauch ozonabbauender Stoffe
a) Kohlendioxidemissionen^a

	<i>Insgesamt (Millionen Tonnen)</i>		<i>Pro Kopf (Tonnen)</i>	
	<i>1990</i>	<i>2004</i>	<i>1990</i>	<i>2004</i>
Welt	22.716	29.000	4,3	4,5
Entwickelte Regionen	9.657	12.496	10,3	12,4
Entwicklungsregionen	6.866	12.392	1,7	2,4
Nordafrika	227	476	1,9	3,2
Afrika südlich der Sahara	462	676	0,9	0,9
Lateinamerika und Karibik	1.095	1.430	2,5	2,6
Ostasien	2.924	5.603	2,4	4,0
Südasiens	991	1.956	0,8	1,3
Südostasien	486	1.076	1,1	2,0
Westasien	675	1.166	4,9	6,1
Ozeanien	6	8	0,9	0,9
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3.207	2.357	11,4	8,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	506 ^b	430	7,6	5,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	2 701 ^b	1.928	12,6	9,4
Anlage-I-Länder ^c	14.634	14.667	13,0	12,4

b) Verbrauch ozonabbauender Stoffe^d

(in Tonnen Ozonabbaupotenzial)

	<i>1990</i>	<i>2000</i>	<i>2005</i>
Entwicklungsregionen	247.680	212.516	79.365
Nordafrika	14.034	10.826	5.294
Afrika südlich der Sahara	23.406	9.512	2.958
Lateinamerika und Karibik	76.048	31.087	14.488
Ostasien	103.217	105.762	36.663
Südasiens	3.337	28.161	7.971
Südostasien	21.108	16.809	7.685
Westasien	11.435	11.855	5.070
Ozeanien	47	129	27
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	139.453	27.585	1.160
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	2.738	928	234
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	136.716	26.657	926
Entwickelte Regionen	826.801	24.056	10.352
Transformationsländer Südosteuropas	6.239	964	408
Am wenigsten entwickelte Länder	1.420	4.716	2.409
Binnenentwicklungsländer	3.354	2.385	1.063

^a Umfasst Emissionen aus dem Verbrauch fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe, der Zementherstellung und der Gasabfackelung (United States Department of Energy, Carbon Dioxide Information Analysis Center).

^b Daten für 1992.

^c Auf der Grundlage der jährlichen nationalen Emissionsinventare der Anlage-I-Länder (mit Ausnahme Belarus', der Russischen Föderation und der Ukraine, die zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gehören), die dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen Bericht erstatten. Nicht-Anlage-I-Länder haben keine jährlichen Berichterstattungspflichten. Schließt Emissionen/Senken aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft nicht mit ein.

^d Die Abweichungen gegenüber früheren Berichten sind auf Änderungen im Umgang mit Datenlücken bei der Aufstellung regionaler Aggregate zurückzuführen.

Indikator 29

Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe verwendet

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

Ziel 10

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Indikator 30

Anteil der Menschen, die eine bessere Trinkwasserquelle nutzen

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2006 entnommen.)

(Prozent)

	1990			2004		
	Gesamt	Stadtbe- wohner	Landbe- wohner	Gesamt	Stadtbe- wohner	Landbe- wohner
Welt	78	95	64	83	95	73
Entwicklungsregionen	71	93	60	80	92	70
Nordafrika	89	95	82	91	96	86
Afrika südlich der Sahara	49	82	36	56	80	42
Lateinamerika und Karibik	83	93	60	91	96	73
Ostasien	71	99	59	78	93	67
Südasien	72	90	66	85	94	81
Südostasien	76	93	68	82	89	77
Westasien	85	94	70	91	97	79
Ozeanien	51	92	39	51	80	40
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	92	97	84	92	99	80
Entwickelte Regionen	100	100	99	99	100	95

Indikator 31

Anzahl der Menschen, die eine bessere sanitäre Einrichtung nutzen

(Neue globale oder regionale Angaben liegen nicht vor. Die Daten sind dem Bericht von 2006 entnommen.)

(Prozent)

	1990			2004		
	Gesamt	Stadtbe- wohner	Landbe- wohner	Gesamt	Stadtbe- wohner	Landbe- wohner
Welt	49	79	26	59	80	39
Entwicklungsregionen	35	68	17	50	73	33
Nordafrika	65	84	47	77	91	62
Afrika südlich der Sahara	32	52	24	37	53	28
Lateinamerika und Karibik	68	81	36	77	86	49
Ostasien	24	64	7	45	69	28
Südasien	20	54	8	38	63	27
Südostasien	49	70	40	67	81	56
Westasien	81	97	55	84	96	59
Ozeanien	54	80	46	53	80	43
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	82	92	63	83	92	67
Entwickelte Regionen	100	100	99	99	100	98

Zielvorgabe 11

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Indikator 32

Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner^a

(Prozent)

	1990	2001	2005
Entwicklungsregionen	46,5	42,7	36,5
Nordafrika	37,7	28,2	14,5
Afrika südlich der Sahara	72,3	71,9	62,2
Lateinamerika und Karibik	35,4	31,9	27,0
Ostasien	41,1	36,4	36,5
Südasien	63,7	59,0	42,9
Südostasien	36,8	28,0	27,5
Westasien	26,4	25,7	24,0
Ozeanien	24,5	24,1	24,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Asien)	30,3	29,4	29,4
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)	6,0	6,0	6,0

^a Stadtbewohner in Haushalten, auf die mindestens eines der folgenden vier Merkmale zutrifft: kein Zugang zu besserer Trinkwasserversorgung, kein Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen, Überbelegung

(drei oder mehr Personen in einem Raum) und aus nicht beständigem Material gebaute Behausungen. Der prozentuale Rückgang der in Slums lebenden Bewohner ist zum größten Teil auf eine Änderung der Definition einer angemessenen Sanitärversorgung zurückzuführen. Im Jahr 2005 wurde nur ein bestimmter Anteil der Haushalte, die Grubenlatrinen nutzen, als Slumhaushalte angesehen, wohingegen 1990 und 2001 alle derartigen Haushalte zu den Slumhaushalten gezählt wurden. Diese Änderung wirkt sich in erster Linie auf die Schätzungen in denjenigen Ländern aus, in denen die Nutzung von Grubenlatrinen weiter verbreitet ist, wie etwa in Afrika südlich der Sahara.

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Dies umfasst ein Bekenntnis zu guter Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene.

Zielvorgabe 13

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen

Dies umfasst den zoll- und kontingentfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind.

Zielvorgabe 14

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung)

Zielvorgabe 15

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

Öffentliche Entwicklungshilfe

Indikator 33

Öffentliche Netto-Entwicklungshilfe der Geberländer im Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD/DAC)

a) Jährliche Zahlungen insgesamt

(Milliarden US-Dollar)

	1990	2002	2003	2004	2005	2006 ^a
Alle Entwicklungsländer	52,7	58,3	69,1	79,4	106,8	103,9
Am wenigsten entwickelte Länder	15,2	15,9	22,5	23,5	25,6	-

b) Anteil am Bruttonationaleinkommen der OECD/DAC-Geberländer

(Prozent)

	1990	2002	2003	2004	2005	2006 ^a
Alle Entwicklungsländer	0,33	0,23	0,25	0,26	0,33	0,30
Am wenigsten entwickelte Länder	0,09	0,06	0,08	0,08	0,08	-

^a Vorläufige Daten.

Indikator 34

Anteil der bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, einwandfreies Wasser und Abwasserentsorgung)

	1996-1997	1998-1999	2000-2001	2002-2003	2004-2005
Prozent	7,3	10,6	13,9	16,8	15,3
Milliarden US-Dollar	2,4	3,1	4,0	5,7	7,6

Indikator 35

Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer^a

	1990	2003	2004	2005
Prozent	67,6	91,8	91,3	92,0
Milliarden US-Dollar	16,3	30,1	30,8	48,9

^a Die Angaben stützen sich auf nur etwa 40 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe-Verpflichtungen aus OECD/DAC-Ländern, da sie unter Ausschluss von technischer Zusammenarbeit und Verwaltungskosten sowie aller öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Luxemburgs, Neuseelands, Österreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen, die keine Angaben über die Bindung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe machen.

Indikator 36

Von den Binnenentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2004	2005
Prozent	6,2	7,1	6,9	6,3
Milliarden US-Dollar	6,9	10,2	11,7	11,9

Indikator 37

Von den kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2004	2005
Prozent	2,7	2,8	2,8	3,0
Milliarden US-Dollar	2,1	1,7	2,0	2,5

Marktzugang

Indikator 38

Zollfreie Einfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern (nach dem Importwert)

(Prozent)

	1996	1998	2000	2002	2005
a) ohne Rüstungsgüter					
Entwicklungsländer	53	54	63	66	76
Am wenigsten entwickelte Länder	68	81	75	75	82
b) ohne Rüstungsgüter und Erdöl					
Entwicklungsländer	54	54	65	68	75
Am wenigsten entwickelte Länder	78	78	70	70	79

Indikator 39

Von den entwickelten Ländern erhobene Durchschnittszölle für Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern

(Prozent)

	1996	1998	2000	2002	2005
a) Agrarprodukte					
Entwicklungsländer	10,6	10,0	9,4	9,5	8,9
Am wenigsten entwickelte Länder	4,0	3,7	3,7	2,8	3,1
b) Textilien					
Entwicklungsländer	7,3	7,0	6,6	6,0	5,3
Am wenigsten entwickelte Länder	4,5	4,3	4,0	3,8	3,2
c) Bekleidung					
Entwicklungsländer	11,4	11,2	10,8	10,7	8,9
Am wenigsten entwickelte Länder	8,1	8,0	7,8	8,1	6,6

Indikator 40

Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts

	1990	2003	2004	2005 ^a
Prozent des BIP der OECD-Länder	1,90	1,17	1,14	1,10
Milliarden US-Dollar	329	350	378	385

^a Vorläufige Daten.

Indikator 41

Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe

(Anteil an der insgesamt gewährten sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe (Prozent))

	2001	2002	2003	2004	2005
Welt	4,4	3,9	4,4	3,6	3,5

Schulden tragfähigkeit

Indikator 42

Hochverschuldete arme Länder, die ihren Entscheidungspunkt und Abschlusspunkt erreicht haben

	2000	2007
Abschlusspunkt erreicht	1	22
Entscheidungspunkt erreicht, Abschlusspunkt noch nicht erreicht	21	8
über Entscheidungspunkt noch zu beraten	16	10
In Betracht kommende Länder insgesamt	38	40

Indikator 43

Im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder und der Multilateralen Entschuldungsinitiative zugesagte Schuldenerleichterungen

(Milliarden US-Dollar (kumulativ))

	2000	2006
Für Länder, die den Entscheidungs- oder Abschlusspunkt erreicht haben	34	59

Indikator 44

Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse für Güter und Dienstleistungen

	1990	2000	2005
Entwicklungsregionen	18,5	12,7	7,4
Nordafrika	39,8	17,1	10,5
Afrika südlich der Sahara	11,8	9,2	7,1
Lateinamerika und Karibik	20,6	21,7	14,5
Ostasien	10,5	5,1	1,0
Südasiens	17,7	13,7	8,7
Südostasien	16,3	6,5	5,0
Westasien	23,9	15,5	16,4
Ozeanien	14,0	6,8	4,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	3,7 ^a	8,4	8,9
Transformationsländer Südosteuropas	7,8	11,8	9,0
Am wenigsten entwickelte Länder	17,7	10,9	6,5

^a Daten für 1994.

Zielvorgabe 16**In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen**

Indikator 45

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren**a) Insgesamt**

	1995	2000	2006 ^a
Welt	12,3	13,4	13,6
Nordafrika	32,6	31,6	29,8
Afrika südlich der Sahara	17,8	18,7	18,3
Lateinamerika und Karibik	14,5	16,3	16,5
Ostasien	7,0	8,0	7,4
Südasiens	10,8	11,6	11,0
Südostasien	9,8	12,8	17,9
Westasien	19,2	19,0	22,7
Ozeanien	8,1	7,5	6,6
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	19,9	21,2	17,1
Entwickelte Regionen	15,8	13,6	13,3

^a Vorläufige Daten.

b) **Nach Geschlecht**

	1995		2000		2006 ^a	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Welt	12,4	12,1	13,4	13,5	13,5	13,7
Nordafrika	29,6	40,3	28,6	39,0	26,0	38,9
Afrika südlich der Sahara	18,3	17,1	19,3	17,9	18,9	17,5
Lateinamerika und Karibik	12,5	18,0	13,6	20,5	13,3	20,9
Ostasien	8,1	5,8	9,3	6,6	8,6	6,2
Südasiens	10,3	11,9	10,8	13,4	10,5	12,3
Südostasien	9,6	10,0	12,7	13,0	17,8	18,2
Westasien	19,2	19,2	18,4	20,7	21,5	25,8
Ozeanien	8,4	7,7	7,8	7,1	6,9	6,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	19,6	20,1	20,6	22,1	15,9	18,7
Entwickelte Regionen	15,5	16,2	13,7	13,5	13,9	12,6

^a Vorläufige Daten.

Indikator 45a

Verhältnis der Arbeitslosenquote bei Jugendlichen zur Arbeitslosenquote bei Erwachsenen

	1995	2000	2006 ^a
Welt	2,9	3,1	3,1
Nordafrika	3,3	3,2	3,4
Afrika südlich der Sahara	3,6	3,2	3,2
Lateinamerika und Karibik	2,7	2,8	2,9
Ostasien	2,8	2,7	2,7
Südasiens	3,6	4,0	2,9
Südostasien	4,5	5,1	5,2
Westasien	3,1	3,0	2,8
Ozeanien	3,8	3,7	3,8
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	2,6	2,5	2,4
Entwickelte Regionen	2,4	2,4	2,4

^a Vorläufige Daten.

Indikator 45b

Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen

(Prozent)

	1995	2000	2006 ^a
Welt	46,4	45,4	44,2
Nordafrika	53,5	52,0	49,4
Afrika südlich der Sahara	62,8	60,0	60,7

	1995	2000	2006 ^a
Lateinamerika und Karibik	49,5	47,4	44,6
Ostasien	46,6	39,0	38,1
Südasien	54,1	55,3	46,3
Südostasien	60,7	61,6	58,7
Westasien	51,3	49,0	46,4
Ozeanien	59,2	57,9	58,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	31,5	29,9	29,2
Entwickelte Regionen	30,0	28,2	27,1

^a Vorläufige Daten.

Zielvorgabe 17

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Indikator 46

Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten^a

(Anteil der Personen mit fortgeschrittener HIV-Infektion, die Zugang zu antiretroviralen Medikamenten haben (Prozent))

	2006
Welt ^b	28
Nordafrika	35
Afrika südlich der Sahara	28
Lateinamerika und Karibik	72
Ostasien	26
Südasien	9
Südostasien	49
Westasien	37
Ozeanien	10
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	10

^a Die Schätzung basiert auf der geschätzten Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale Behandlung benötigen und erhalten.

^b Umfasst nur Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Zielvorgabe 18

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Indikator 47

Telefonanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer

a) Festnetzanschlüsse

(je 100 Personen)

	1990	2005
Welt	9,9	19,4
Entwicklungsregionen	3,1	13,7
Nordafrika	2,9	10,7
Afrika südlich der Sahara	1,0	1,5
Lateinamerika und Karibik	6,3	17,7
Ostasien	2,4	27,7
Südasien	0,7	5,0
Südostasien	1,3	8,2
Westasien	9,8	18,1
Ozeanien	3,4	4,3
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	12,4	23,1
Transformationsländer Südosteuropas	13,8	24,3
Entwickelte Regionen	44,2	52,4
Am wenigsten entwickelte Länder	0,3	0,9
Binnenentwicklungsländer	2,3	3,0
Kleine Inselentwicklungsländer	7,1	12,6

b) Mobilfunkteilnehmer

(je 100 Personen)

	1990	2005
Welt	0,2	34,1
Entwicklungsregionen	-	25,1
Nordafrika	-	29,8
Afrika südlich der Sahara	-	12,4
Lateinamerika und Karibik	-	43,3
Ostasien	-	33,2
Südasien	-	8,0
Südostasien	0,1	25,9
Westasien	0,1	43,1
Ozeanien	-	8,1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-	55,0

	1990	2005
Transformationsländer Südosteuropas	-	62,1
Entwickelte Regionen	1,2	85,1
Am wenigsten entwickelte Länder	-	5,0
Binnenentwicklungsländer	-	6,8
Kleine Inselentwicklungsländer	0,2	31,8

Indikator 48

Internetnutzer**a) Personalcomputer**

(Keine Angaben. Siehe Anmerkungen am Ende.)

b) Internetnutzer

(je 100 Personen)

	1990	2002	2005
Welt	0,3	10,1	15,3
Entwicklungsregionen	-	4,3	8,6
Nordafrika	-	2,6	8,3
Afrika südlich der Sahara	-	1,0	2,8
Lateinamerika und Karibik	-	8,2	15,2
Ostasien	-	7,0	11,7
Südasien	-	1,5	5,1
Südostasien	-	4,6	9,2
Westasien	-	6,3	10,5
Ozeanien	-	3,6	5,2
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-	3,1	11,9
Transformationsländer Südosteuropas	-	7,5	18,8
Entwickelte Regionen	0,3	42,9	53,04
Am wenigsten entwickelte Länder	-	0,3	1,1
Binnenentwicklungsländer	-	0,8	1,7
Kleine Inselentwicklungsländer	-	8,7	13,3

Quellen: Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele und die Datenbank für die Millenniums-Indikatoren (<http://mdgs.un.org>)

Anmerkungen

Sofern nichts anderes angegeben ist, handelt es sich bei den Regionalgruppen um die geografischen Regionen der Vereinten Nationen, mit Anpassungen, die notwendig waren, um für Analyse- und Darstellungszwecke möglichst homogene Ländergruppen herzustellen. Die für die Berichterstattung 2007 über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele verwendete Zusammensetzung der Regionen kann in Englisch unter <http://mdgs.un.org> unter „Data“ abgerufen werden.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) umfasst Belarus, Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine in Europa sowie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan and Usbekistan in Asien.

Der Begriff „entwickelte Regionen“ umfasst Europa (mit Ausnahme der GUS-Länder), Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten von Amerika. „Entwickelte Regionen“ schließt immer die europäischen Transformationsländer ein, es sei denn, diese werden in den Tabellen gesondert als „Transformationsländer Südosteuropas“ aufgeführt.

Auf ihrer 11. Tagung vereinbarte die Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele (MZ) die Streichung der folgenden Indikatoren aus dem MZ-Rahmen: Indikator 10 (Verhältnis der Alphabetisierungsquote der Frauen zur Alphabetisierungsquote der Männer in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen), Indikator 27 (Energieverbrauch je 1.000 Dollar Bruttoinlandsprodukt (Kaufkraftparität)), Indikator 29 (Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe verwendet) und Indikator 48a (Zahl der Personalcomputer je 100 Einwohner).

Anhang II

Überarbeiteter Überwachungsrahmen für die Millenniums-Entwicklungsziele einschließlich neuer Zielvorgaben und Indikatoren gemäß den Empfehlungen der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele

Auf dem Weltgipfel 2005 (siehe Resolution der Generalversammlung 60/1) verpflichteten sich die Führer der Welt zusätzlich zu den in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen (Resolution 55/2) enthaltenen Zielvorgaben auf vier neue Zielvorgaben. Die Generalversammlung nahm in ihrem Beschluss 61/504 Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen, in dem der Generalsekretär die Aufnahme von vier neuen Zielvorgaben in den Zielkatalog empfahl (A/61/1, Ziff. 24).

Die technischen Arbeiten zur Auswahl geeigneter Indikatoren für die neuen Zielvorgaben wurden von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele durchgeführt und von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten koordiniert. Die Gruppe hat den Auftrag, Statistiken und Trendanalysen im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu erstellen und Methoden und technische Fragen in Bezug auf die Indikatoren zu prüfen.

Die Neuformulierung des Überwachungsrahmens einschließlich der neuen Zielvorgaben und zugehörigen Indikatoren gemäß den Empfehlungen der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe ist nachstehend dargestellt.

Wo dies von Belang ist, werden Indikatoren nach Geschlecht und nach städtischen und ländlichen Gebieten getrennt berechnet.

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben*
(aus der Millenniums-Erklärung)

Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

1. Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag^a
2. Armutslücken-Verhältnis
3. Anteil des ärmsten Fünftels am nationalen Konsum

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, namentlich für Frauen und junge Menschen, schaffen

- BIP-Wachstumsrate pro beschäftigte Person
- Verhältnis Beschäftigtenzahl/Bevölkerungszahl
- Anteil der Beschäftigten mit weniger als 1 Dollar Kaufkraftparität (KKP) pro Tag
- Anteil der Selbständigen und mitarbeitenden Familienangehörigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben* (aus der Millenniums-Erklärung)	Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*
Zielvorgabe 2: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden	4. Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren 5. Bevölkerung, bei der die Kalorienzufuhr unter der notwendigen Mindestmenge liegt
Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung	
Zielvorgabe 3: Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können	6. Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich 7. Anteil der Grundschulanfänger, die die letzte Klassenstufe der Grundschule erreichen** 8. Alphabetenquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern**
Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau	
Zielvorgabe 4: Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015	9. Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich 10. (gestrichen) ^b 11. Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor 12. Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit	
Zielvorgabe 5: Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken	13. Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren 14. Säuglingssterblichkeitsrate 15. Anteil der einjährigen Kinder, die gegen Masern geimpft wurden
Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern	
Zielvorgabe 6: Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken	16. Müttersterblichkeitsrate 17. Anteil der Geburten, die von medizinischem Fachpersonal betreut werden 19c. Verwendungsrate von Verhütungsmitteln ^c
Bis 2015 allgemeinen Zugang zu Diensten der reproduktiven Gesundheit sicherstellen	Geburtenrate bei Jugendlichen Deckungsgrad bei der Schwangerenbetreuung (mindestens ein Besuch und mindestens vier Besuche) Ungedeckter Bedarf an Familienplanungsdiensten

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben*
(aus der Millenniums-Erklärung)

Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 7: Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

18. HIV-Prävalenz bei den 15- bis 24-Jährigen
- 19a. Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr
- 19b. Anteil der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids
20. Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisenkinder im Alter von 10-14 Jahren zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen

Bis 2010 allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle Behandlungsbedürftigen sicherstellen

Anteil der Menschen mit fortgeschrittener HIV-Infektion mit Zugang zu antiretroviralen Medikamenten

Zielvorgabe 8: Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

21. Malariainzidenz** und Malariasterblichkeit
22. Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die unter insektizidbehandelten Moskitonetzen schlafen, und Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Fieber, die mit geeigneten Medikamenten gegen Malaria behandelt werden**
23. Tuberkuloseinzidenz**, -prävalenz und -sterblichkeit
24. Anteil der im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie entdeckten und geheilten Tuberkulosefälle

Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 9: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

25. Anteil der Flächen mit Waldbedeckung
27. (gestrichen)^d
28. Kohlendioxidemissionen insgesamt, pro Kopf und je 1 Dollar BIP (KKP) und Verbrauch ozonabbauender Stoffe**
29. (gestrichen)^e

Anteil der Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen

Anteil der genutzten Wasserressourcen

Den Verlust an biologischer Vielfalt verringern, bis 2010 die Rate des Artenschwundes erheblich senken

26. Anteil der Land- und Meeresschutzgebiete**

Anteil der vom Aussterben bedrohten Arten

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben*
(aus der Millenniums-Erklärung)

Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

Zielvorgabe 10: Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

30. Anteil der Menschen, die eine bessere Trinkwasserquelle nutzen**

31. Anteil der Menschen, die eine bessere sanitäre Einrichtung nutzen**

Zielvorgabe 11: Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

32. Anteil der Menschen, die eine bessere sanitäre Einrichtung nutzen^{f**}

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12: Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Einige der nachstehend aufgeführten Indikatoren werden für die am wenigsten entwickelten Länder, Afrika, Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer gesondert überwacht.

Dies umfasst ein Bekenntnis zu guter Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene

Öffentliche Entwicklungshilfe

Zielvorgabe 13: Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen

33. Öffentliche Netto-Entwicklungshilfe (insgesamt und an die am wenigsten entwickelten Länder), in Prozent des Bruttonationaleinkommens der OECD/DAC-Geberländer

Dies umfasst den zoll- und kontingentfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind

34. Anteil der bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, einwandfreies Wasser und Abwasserentsorgung)

35. Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer

36. Von den Binnenentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

Zielvorgabe 14: Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung)

37. Von den kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

Marktzugang

Zielvorgabe 15: Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

38. Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern (nach dem Importwert, ohne Rüstungsgüter)

39. Von den entwickelten Ländern erhobene Durchschnittszölle für Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziele und Zielvorgaben*
(aus der Millenniums-Erklärung)

Indikatoren für die Fortschrittsüberwachung*

	40. Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts
	41. Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe
	<i>Schuldentragfähigkeit</i>
	42. Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) erreicht haben, und Anzahl der Länder, die ihren HIPC-Abschlusspunkt erreicht haben (kumulativ)
	43. Im Rahmen der HIPC- und der MDRI** -Initiative zugesagte Schuldenerleichterungen
	44. Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse für Güter und Dienstleistungen
Zielvorgabe 16: ersetzt durch neue Zielvorgabe unter Ziel 1	45. (ersetzt durch neue Indikatoren unter Ziel 1) [§]
Zielvorgabe 17: In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen	46. Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten
Zielvorgabe 18: In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können	47a. Zahl der Festnetzanschlüsse je 100 Personen** 47b. Zahl der Mobilfunkteilnehmer je 100 Personen** 48. Zahl der Internetnutzer je 100 Personen**

Abkürzungen: BIPP, Bruttoinlandsprodukt; DAC, Ausschuss für Entwicklungshilfe; HIPC, Initiative für hochverschuldete arme Länder; KKP, Kaufkraftparität; MDRI, Multilaterale Entschuldungsinitiative; OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

* Die Nummerierung der Zielvorgaben und Indikatoren erfolgt im Rahmen des zwischenstaatlichen Prozesses der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele.

** Zwecks deutlicherer Datenangabe wurde die Formulierung aus technischen Gründen modifiziert.

^a Zur Überwachung der Armutstrends in den jeweiligen Ländern sind, soweit vorhanden, Indikatoren auf der Basis einzelstaatlicher Armutsgrenzen heranzuziehen.

^b Zuvor: „Verhältnis der Alphabetisierungsquote der Frauen zur Alphabetisierungsquote der Männer in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen“.

^c Von Ziel 6 übernommen.

^d Zuvor: „Energieverbrauch (in kg Erdöleinheiten) pro 1 Dollar BIP (KKP)“.

^e Zuvor: „Anteil der Bevölkerung, der feste Brennstoffe verwendet“.

^f Als Näherungswert für den tatsächlichen Anteil der Menschen, die in Slums leben, wird der Anteil der Stadtbewohner in Haushalten gemessen, auf die mindestens eines der folgenden vier Merkmale zutrifft: a) kein Zugang zu besserer Wasserversorgung, b) kein Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen, c) Überbelegung (3 oder mehr Personen in einem Raum) und d) aus nicht beständigem Material gebaute Behausungen.

[§] Zuvor: „Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren, nach Geschlecht und insgesamt“.

07-49449 (G) 140907

